

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,85 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 8 gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion und Expedition Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Abonnements-Einladung.

Für den Monat Februar eröffnen wir ein neues Abonnement auf das

„Berliner Volksblatt“

mit der Gratis-Beilage

„Illustrirtes Sonntagsblatt“.

Frei ins Haus kostet dasselbe 1 Mark 35 Pf. pro Monat 85 Pf. pro Woche. Bestellungen werden von sämtlichen Zeitungs-Expeditoren, sowie in der Expedition, Zimmerstr. 44 angenommen.

Für Aussenland nehmen alle Postanstalten Abonnements für die Monate Februar und März gegen Zahlung von 2 Mark 67 Pf. entgegen.

Den neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienenen Theil des fesselnden und interessanten Romans

„Gesucht und gefunden“

in die bisher erschienenen Nummern des

„Illustrirtes Sonntagsblatt.“

— soweit der Vorrath reicht — gegen Vorweisung der Abonnements-Quittung gratis und franco verabfolgt.

Das „Berliner Volksblatt“ hat sich die Sympathien der wachsenden Bevölkerung Berlins zu erringen verstanden. Trotz der überaus großen Anzahl von Zeitungen der verschiedensten Tendenz, die in Berlin existiren, hat bisher kein wirkliches Organ des werktätigen Volkes bestanden. Es ist daher Pflicht eines jeden Arbeiters, dieses Organ nach jeder Richtung hin zu unterstützen. Wir treten solidarisch für einander ein, unsere bisherigen Leser und Freunde wissen das, mögen auch sie ihrerseits dafür sorgen, daß das „Berliner Volksblatt“ immer neue Freunde und neue Leser gewinne. Der heutige Nummer liegt ein Bestellzettel bei. Wir bitten, hieron möglichst ergiebigen Gebrauch zu machen. Wenn jeder bisherige Abonnent nur einen zweiten wirbt, aber auch wirklich dafür sorgt, daß derselbe abonniert so hat er seine Pflicht getan.

Wir untererzählen werden nicht nachlassen, jedem berechtigten Wünsche unserer Abonnenten nachzukommen.

Die Redaktion und Expedition des „Berliner Volksblatt“.

Die Kinderarbeit in Amerika.

Aus New-York, 16. Jan., wird der „Frankl. Tagespost“ geschrieben: Der zweite Jahresbericht des Kommissärs für Arbeitsstatistik, Red, wurde heute veröffentlicht. Er ist sehr umfangreich und nimmt fast 1000 Seiten ein. Der Inhalt besteht größtentheils in Zeugenaussagen, Briefen „hervorragender Sachverständiger“ und Auszügen aus verschiedenen

Brochüren zc. über Kinderarbeit. Nach den Erhebungen des Kommissärs ist nachgewiesen worden, daß es im Staate New-York 644 011 Kinder giebt, für welche der Staat Erziehungsgelder bezahlt, die aber trotzdem während des letzten Jahres keine Schule besucht haben. Wenn man diese Kinder nicht zwingt, die Schulen zu besuchen, würde der Staat früher oder später gezwungen sein, sie in Armenhäusern, Reformatorien, Gefängnissen zc. unterzubringen.

Die Untersuchungen in Bezug auf die Verbreitung und die üblen Folgen der Kinderarbeit waren gewissermaßen durch allerlei Hindernisse beschränkt, da gerade für die Orte, wo dies abscheuliche System vorherrscht, die Bestimmungen des Gesetzes nicht ausreichten, um genaue Ermittlungen vorzunehmen. In den New-Yorker Tenementhäusern, wo bekanntlich hunderte, wenn nicht tausende von Kindern in jartem Lebensalter und von schwächlicher Körperkonstitution Tag aus, Tag ein in schwerer Arbeit, ohne genügendes Tageslicht, in Stidluft und bei ungenügender Nahrung dahinsiechen, ist den Beamten des Bureaus fast durchgängig der Zutritt verweigert worden. Man hat ihre Autorität, solche Gebäude zu betreten, erfolgreich zurückgewiesen und die Auslegung des Gesetzes zu Gunsten der Fabrikanten ist vom General-Staatsanwalt ausreicht erhalten worden. Die Weigerung oder die Vernachlässigung dieser Klasse von Fabrikanten, die ihnen zugesandten Formulare auszufüllen, war ebenfalls ein großes Hindernis für die Erfüllung der Pflichten des Kommissärs. Er hat sich deshalb gezwungen gesehen, sich darauf zu beschränken, Zeugenaussagen entgegenzunehmen, statt, in Bezug auf die Tenementhausarbeit, Thatsachen durch eigene Anschauung zu ermitteln. Die Thatsache, daß in den Tenementhäusern New-Yorks Kinder zur Verarbeitung von Tabak verwendet werden, bildet eines der stärksten und überzeugendsten Argumente zu Gunsten eines strikten, effektvollen Gesetzes gegen die Verwendbung von Kindern bei Arbeiten, die einen großen Kraftaufwand erfordern, ungesund sind, gefährliche Folgen für die Moral haben und nur darauf berechnet sind, die Habsucht Derjenigen zu fördern, welche durch die Natur bestimmt sind, für die Wohlfahrt und die Gesundheit ihrer Kinder zu sorgen und durch den starken Arm des Gesetzes gezwungen werden sollten, dieselben in jeder Beziehung Schulen zu lassen und für ihr körperliches und moralisches Wohlergehen zu sorgen. Die vorliegenden Zeugenaussagen sollten die Legislatur umgehend veranlassen, gegen die Fortdauer dieses Uebels energische Maßregeln zu ergreifen. Aber, die Kinderarbeit wird nicht nur in den Tenementhäusern betrieben.

Es giebt auch große Fabriken in New-York, welche künstliche Federn herstellen. In vielen Fabriken in Corbtlund- und Chambers Str. arbeiten kleine Mädchen, meistens

die Kinder von Italienern, welche jedoch die Abendstunden besuchen. In Zute- und Hanfspinnereien, Papierschachteln- und Knopffabriken, in Bleistift- und Tapetenfabriken, sind Knaben und Mädchen beschäftigt, welche wohl sagen, daß sie über 14 Jahre alt sind, denen aber, wenn ihre Körperkräfte in Betracht gezogen werden, nicht gestattet werden sollte, eine Fabrik zu betreten. Sie sind durchgängig klein und schwächlich. Große Sorgfalt wurde angewendet, um die thatsächliche Durchschnitts-Intelligenz der in Fabriken arbeitenden Kinder zu ermitteln. Das Gespräch und der betäubende Lärm der Maschinen in den Baumwollen-Spinnereien macht es nahezu unmöglich, eine Unterredung zu führen. Da die Spinnereien in Cohoes am Sonnabend um 4 Uhr geschlossen werden, sagt der Kommissär, „benutzte ich die sich mir bietende Gelegenheit und hielt zwanzig oder mehr der kleinen Arbeiter und Arbeiterinnen auf der Straße an. Es war ein bitterkalter Tag und der Anblick von hunderten dünn und erbärmlich gelleideter Mädchen und Knaben von acht bis fünfzehn Jahren, die mit dem blechernern Dianerkessel in der Hand heimzogen, war genügend, um meine Aufmerksamkeit und mein Mitleid zu erregen; ihre blassen, pergamentartigen Gesichtern, ihre zwerghaften Körper, die zusammengelaiffenen, sorgenvollen Mienen sprachen überzeugender als Worte und bestärkten mich in dem Glauben, daß ein Arbeitssystem, welches in dem Körper und am Geist menschlicher Wesen — welche demaltest die Väter und Mütter kommender Generationen sein sollen — solche Verheerungen anrichtet, nicht allein eine Schmach und eine Schande ist, sondern daß es, im natürlichen Verlauf der Dinge, eine Gefahr für unsere Wohlfahrt und unsere freien Institutionen in sich birgt. Die Angaben der Kinder bewiesen mir, daß einige von ihnen weder lesen noch schreiben konnten; andere konnten das Eine, aber nicht das Andere; Manche von ihnen wußten nicht, in welchem Staate sie wohnen. Hierauf fährt der Kommissär an, welcher Art die Gesetzgebung anderer Staaten in Bezug auf die Kinderarbeit ist.

Die beschränkte Machtvollkommenheit des Kommissärs hat es ihm nahezu unmöglich gemacht, die Wirkungen der Kinderarbeit auf das Lebensalter der Kinder festzustellen, es ist dem Kommissär nun klar geworden, daß die Kinderarbeit in solchem Umfange existirt, daß sie eine große Anzahl Kinder in ihrer körperlichen, geistigen und moralischen Entwicklung behindert. Auf jeden Fall hält der Kommissär es für die Pflicht des Staates, gegen dies schmerzvolle System prompt und kräftig einzuschreiten. Derselbe zieht dann folgende Schlüsse aus seinen bisherigen Untersuchungen: 1. Das System der Kinderarbeit existirt im Staate an manchen Orten in seiner allerschlimmsten Form. — 2. Das

mand gehört hatte, auf ihren Gesichtern konnte man es lesen, als sie sich endlich, nachdem alle Uebrigen längst an dem Kaffeetisch versammelt waren, bei der Gesellschaft einfanden.

Achtundzwanzigstes Kapitel.

Zur Feier des Tages hatte man für den Abend ein Feuerwerk veranstaltet, vor dessen Beginn man noch einige Promenaden unternehmen wollte, und nach dessen Schluß das große Souper in den glänzenden Sälen des Schlosses stattfinden sollte.

Die Promenade erstreckte sich nicht nur durch den weiten Park, sondern bis tief in den Wald hinein, dessen schattiges Laub und erquickender frischer Hauch die Herzen erweiterte und der Freude und Glückseligkeit nur um so empfänglicher machte. Die jungen Mädchen erinnerten sich nicht, je in ihrem Leben einen so schönen Tag gehabt zu haben; und unter den älteren Personen war vielleicht Cordelia die Einzige, in deren Herzensfreude sich ein Schatten der Besorgnis mischte, nämlich der Besorgnis um ihre liebe Elean, Helene von Steinberg.

Sie konnte sich nicht so leicht mit dem Gedanken ausöhnen, daß ein junges Mädchen, welches sie so sorgfältig vor jeder Annäherung eines Mannes gehütet hatte, nun so plötzlich einem Manne verlobt sein und im Begriff stehen sollte, eine Ehefrau zu werden, ein Schicksal, das ihrem jungfräulichen Gemüth so haib und halb wie ein Frevol erschien.

Die Ueberraschungen waren aber für sie noch nicht zu Ende.

Man war eben im Begriff, eine Anhöhe zu ersteigen, welche sich in der Richtung des Waldes befand, von wo aus man eine wunderbar schöne Aussicht auf die Landschaft des Spreewaldes hatte, die in diesem Augenblicke von der untergehenden Sonne mit dem Purpur des Abendroths beleuchtet wurde.

Die jungen Damen waren längst vorausgeeilt und von fern hörte man ihr freudiges Händeklatschen und die überraschten „Ah's“ und „O's“.

streben möchte leicht das Gegentheil bewirken, vielleicht würde er dann gerade uns für Erbschleicher ansehen.“

„O, denke nicht so klein von Onkel Rodenburg, Fritz! Wenn Du ihn näher kennen lernst wirst, so lernst Du ihn gewiß auch lieben, wie ich ihn geliebt habe.“

„Ich kann Ihrem Bruder so ganz unrecht nicht geben,“ bemerkte Brand. „Jedenfalls wären die Amberg's Alles aufbieten, seine humanen Absichten als Erbschleichei zu deuten. . . . Vorsicht wäre deshalb gewiß geboten; dennoch aber billige ich Ihre Absicht von ganzem Herzen, Herr Doktor, sie mag Ihrem Charakter alle Ehre.“

„Und Ihre Fursprache,“ sagte Fritz lächelnd hinzu, „zeugt nicht weniger von einem Edelmuthe Ihrerseits; denn sind Sie nicht auch von ihm mißhandelt worden?“

„Ich mache Herrn Rodenburg keine Vorwürfe,“ antwortete Brand; „es ist, wie Lucie sagt, nichts als die Schwäche seines Charakters, oder wie Sie erklärten, seine Krankheit, Verleumdung der Amberg's, denen er ein williges Ohr geliehen hat.“

„Doch Klammare ist nicht der Mann, der sich durch Ohrenblaselei beeinflussen läßt,“ sagte Cordelia, „und wenn er Sie erst näher kennt, so wird er Sie nur noch mehr schätzen, davon bin ich überzeugt, wie ja Jedermann Sie schätzt, der Sie kennt.“

„Herzlichen Dank für diese gute Meinung, Fräulein Cordelia. . . . Ich wünschte wohl, daß auch Andere diese theilten.“

Diese Worte waren begleitet von einem innigen Blick auf Lucie.

„Von ganzem Herzen theile ich sie, Herr Brand,“ flüsterte diese, indem sie erröthend ihr Auge senkte.

Cordelia sah sich veranlaßt, ihren Verwandten, den Doktor Rodenburg, noch ein wenig zu instruiren in Bezug auf sein Vorhaben, nach Feldau zu gehen. Sie nahm deshalb sehr gern seinen Arm; Brand und Lucie folgten Arm in Arm in einiger Entfernung nach. Was sie mit einander sprachen, Niemand hörte es; Luciens Seele aber erbeute in stiller Seligkeit, welche sich auf ihrem Antlitz malte und Brand's helles Auge hatte nie so freudig gestrahlt, wie an diesem Tage. Wenn auch, was sie sprachen, Nie-

Feuilleton.

Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Dur.

(Fortsetzung.)

„Wenn er nur einen gelehrten Arzt hätte,“ wandte Cordelia ein. „Der Arzt aus Reustadt, der alle Woche einmal zu ihm reist und von Amberg gewählt ist, wird ihm nicht viel helfen.“

„Weißt Du, Lucie,“ sagte Fritz, „ich habe zwar keine Ursache, unsern Onkel Rodenburg zu lieben, der unsern Vater zu Grunde gehen ließ, ohne ihm die helfende Hand zu reichen; aber hier scheint es mir Menschenpflicht zu sein, nicht Böses mit Bösem zu vergelten. . . . Ich habe noch einige Wochen zu meiner Verfügung, denn erst im nächsten Monat denke ich nach England zurückzukehren; ich möchte diese Zeit dem alten Rodenburg widmen. Ich bin überzeugt, daß eine rationelle Kur ihn, der ja eigentlich keine ausgesprochene Krankheit hat, dem Leben sehr bald zurückgeben würde.“

„Vortrefflich, Fritz!“ antwortete Lucie. „Von ganzem Herzen billige ich Deinen Entschluß. . . . Ja, thue es, geh' nach Feldau und hilf dem Onkel. . . . Sieh', ich habe auch nicht Ursache, ihn zu lieben; aber ich kann es doch nicht vergessen, daß ich ihn — nicht wie einen Wohlthäter, sondern wie einen Vater geliebt habe. . . . Er verdient es auch nicht, daß man ihn haßt, denn wo er gefehlt hat, war mehr ein böser Zufall und die Schwäche seines Charakters Schuld daran, als sein Herz. . . . Thue es, Fritz, gehe nach Feldau, vielleicht überzeugt ihn dieser Schritt, daß wir diesen Haß nicht verdienen, und daß er uns unecht gethan hat; vielleicht sühnt ihn dieser Schritt nicht nur mit Dir, sondern auch mit mir aus.“

„An einer Ausöhnung liegt mir nichts. . . . Ich würde dasselbe auch jedem Fremden thun,“ erwiderte Fritz kalt. „Ich wünsche auch nicht, ihn zu überzeugen von der Reinheit unserer Gesinnungen gegen ihn, denn das Be-

Schulzwanggesetz des Staates erfüllt seinen Zweck nicht und ist ein todter Buchstabe. — 3. Der moralische und geistige Zustand von Kindern, die für Löhne arbeiten, ist von überaus geringer Qualität. — 4. Der sanitätliche Zustand einer großen Anzahl von Fabriken, in denen Kinder arbeiten, ist eine Schmach für die Zivilisation. — 5. Die Maßregeln zum Schutz der Arbeiter gegen Beschädigung durch Maschinen sind vollkommen unzulänglich und haben sich bisher seitens der Gesetzgebung keiner genügenden Aufmerksamkeit erfreut. — Am Schluss seines Berichtes erklärt der Kommissar, die Lösung der Frage liege in der Handhabung der Gesetzgebung in Bezug auf den Schulzwang, und deshalb wird empfohlen: 1. Daß die Mängel des Schulzwangsgesetzes, wie sie von den Professoren Mac Millan zu Utica und B. B. Snow zu Auburn angedeutet worden sind, durch Amendements beseitigt werden. — 2. Daß ein Fabrik- und Werkstätten-Inspektionsgesetz, ähnlich dem von Massachusetts, erlassen werde, sowie Maßregeln, daß Schulzwangsgesetz wirksam durchzuführen und eine sanitätliche Einrichtung von Werkstätten und Fabriken und genügenden Schutz gegen Unfälle zu erzwängen. — 3. Die Beamten, welche diese Maßregeln ausführen, sollten von lokalen und politischen Einflüssen vollständig unabhängig sein und mit Bestätigung des Senats vom Governor aus beiden politischen Parteien ausgewählt und ernannt werden; ihr Amtstermin soll 5 Jahre betragen und sie sollten genügendes Gehalt bekommen, um ihre ganze Zeit ihrem Amte widmen zu können.

Politische Uebersicht.

Die arbeiterfreundliche Zentrumspartei läßt in Bezug auf die Erhöhung der Kornpreise durch ihren Moniteur, die „Germania“, folgendes veröffentlichen: Das ganze Land hat ein Interesse daran, daß der Landwirthschaft ein erhöhter Schutz ihrer Produktion zu Theil werde. Die bisherigen Getreidezölle haben diesen Schutz nicht geboten und da sie um keinen Deut den Brotpreis erhöhen, so kann der Zoll mäßig erhöht werden, wenn das Erträgniß dieser Erhöhung der Landwirthschaft zugewendet wird. — Bekanntlich ist die „Germania“ ein sehr frommes Blatt, in ihren Spalten tummeln sich nicht nur die Herren Kaplanen, sondern auch die „Hochwürdigsten“ und „Hochwürdigsten“, aus. Man sollte daher meinen, daß ein solches Blatt am allerersten Urtheile hätte, der Wahrheit die Ehre zu geben, aber daran denkt das fromme Blatt garnicht. Unwahr ist es, daß das ganze Land ein Interesse daran hat, daß einem geringen Prozentsatz seiner Bewohner, der ohnehin noch die geringste Existenz hat, auf Kosten der übergroßen Masse eine besondere Bevorzugung zu Theil wird. Und wenn die jetzigen Getreidezölle den Brotpreis nicht wesentlich erhöht haben, so liegt dies — wie jedes Kind weiß — daran, daß der Anstall der Ernten der letzten Jahre ein verhältnißmäßig günstiger war. Wäre der Zoll nicht gewesen, so würden wir billigeres Brot gehabt haben; der Zoll hat es also dahin gebracht, daß trotz guter Ernte das Brot nicht billiger geworden ist. — Die Herren vom Centrum wissen das sehr genau, aber was thut's? Ein guter Theil dieser arbeiterfreundlichen Herren und speziell der Kämpfe Schorlemer-Alst, stecken in der Haut eines Großgrundbesitzers, sie interessieren sich somit natürlich für „die leidende Landwirthschaft“ und in solchem Falle heiligt der Zweck das Mittel.

Die Ausdehnung des preussisch-russischen Auslieferungsvertrages auf das deutsche Reich scheint beschlossene Sache zu sein. Die „Nord Allg. Zeit.“ entnimmt dem „Journal de St. Petersbourg“ folgende Bemerkungen über den Charakter der durch Notenaustausch stipulirten Vereinbarung:

„Es handelt sich hier um ein zwischen der russischen und der preussischen Regierung unterzeichnetes Protokoll, welches unter dem Gesichtspunkt der Auslieferung gewisse als politisch bezeichnete Verbrechen den gemeinen Verbrechen gleichstellt. Diesem Protokoll soll aber, wiewohl es Vertragskraft besitzt, ein formgerechter Vertrag nachfolgen, dessen Abschluß durch den Umstand verzögert wird, daß er auf das ganze deutsche Reich ausgedehnt werden soll, was die Zustimmung des Parlaments nothwendig macht.“

Zu dem von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage eingebrachten Arbeiterschutzgesetz äußert sich die „Nat. Zig.“: „Der sozialdemokratische Antrag unterscheidet sich aber grundlegend von allen anderen auf diesem Gebiete bisher gemachten Vorschlägen dadurch, daß er eine Organisation von „Arbeitsämtern“, „Arbeitskammern“, und „Schiedsgerichten“ schaffen will, auf welche theils jetzt den Verwaltungsbehörden übertragenen Obliegenheiten zur Ausführung der Gewerbeordnung übergeben und die außerdem mehrfach über Dinge zu entscheiden haben sollen, welche jetzt der freien Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter — der Antrag

sagt „Unternehmer“ und „Hilfspersonal“ — unterliegen. Das Wichtigste hierbei ist, daß die Arbeitskammern die Minimalhöhe des Lohnes festzustellen haben. Mit diesem Vorschlage verläßt die Antragsteller vollständig den Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und müthen dem Reichstag die Anerkennung des sozialistischen Prinzips zu. Auf einen Erfolg können sie hierbei selbst nicht rechnen, es kann sich für sie dabei nur um den agitatorischen Zweck handeln. Mit der Feststellung des Lohnes durch eine andere Instanz als den Unternehmer, der ihn bezahlen muß, ist die Privatunternehmung schlechthin unvereinbar.“

Die Petition der Stadtverordneten von Stettin gegen die Erhöhung der Getreidezölle ist nun doch, trotz der Einsprache des dortigen Regierungs-Präsidenten, auf einem sehr kurzen und gefeglich unanfechtbaren Wege an den Reichstag gelangt. Die Antragsteller in der Stettiner Stadtverordneten-Versammlung, Dr. Amelung, Kommerzienrath Oster und Dr. Wolff haben sich nämlich entschlossen, die Petition in ihrem Namen und unter Darlegung aller damit verbundenen Vorgänge, der Volksvertretung zu unterbreiten, und ist dieselbe durch den Vertreter Stettins, den Abgeordneten Broemel, dem Reichstage überreicht worden. In der an den Reichstag gerichteten Zuschrift wird dieser Schritt in folgender Weise motivirt: „Die städtischen Behörden sind durch das Einschreiten des hiesigen Regierungs-Präsidenten verhindert, zur Zeit dem hohen Reichstage gegenüber von ihrem Petitionsrechte Gebrauch zu machen und das Verfahren, um die nach unserer Meinung nicht gerechtfertigte Verfüzung des Regierungs-Präsidenten rückgängig zu machen, wird voraussichtlich so viel Zeit in Anspruch nehmen, daß die Petition rechtzeitig überhaupt nicht mehr zur Abfertigung gelangen kann. Wir sind durch dies Einschreiten der Aufsichtsbehörde um so mehr überrascht, als im Jahre 1879 der Oberbürgermeister Hade in Essen in einem an viele Kommunen gerichteten Schreiben erklärte, der Herr Reichskanzler sei durchaus damit einverstanden, daß die Kommunen sich zu dem in seinem berühmten Briefe vom 15. Dezember 1878 niedergelegten wirtschaftspolitischen Programme äußerten. Das ist denn auch in einer großen Anzahl von Städten unbehindert geschehen und keine Behörde hat im Befolgen der von dem Herrn Reichskanzler damals gegebenen Anregung etwas Gegengewichtiges gefunden. Es blieb erst unserem Herrn Regierungs-Präsidenten vorbehalten, jetzt nach sechs Jahren diese Gegengewichtigkeit festzustellen. Unter diesen Umständen bleibt uns nichts anderes übrig, als persönlich und unter altemäthiger Darlegung des Thatbestandes die vorliegende Petition direkt abzugeben und den hohen Reichstag zu bitten: Derselbe wolle jeden Vorschlag zur Erhöhung der Getreidezölle ablehnen.“

„Die theuer wird in Zukunft das Brodkorn werden?“ Unter dieser Frage schreibt der „Reichsfreund“: „Der Reichs berechnete Deutschlands Getreidebedarf von 1883 bis 1884 auf 138 1/2 Millionen Doppel-Jentner, von denen 30 1/2 Millionen durch Bezug vom Auslande gedeckt werden müßten. Während jetzt die Vorkommnisse aus Getreide jährlich 20 Millionen Mark betragen, berechnet er die Last, die alles in allem durch die künstliche Preissteigerung des Getreidebedarfs seit der Einführung der Getreidezölle von 1879 auf die Bevölkerung und zwar vorzugsweise auf die Armen gewälzt wird, auf mindestens 80 Millionen Mark. Die Verdoppelung oder Verdreifachung der Getreidezölle vervielfältigt gleichermassen diese ungeheure Steuerlast für alle Getreidekonsumenten, deren Mehrzahl Handwerker und Industriearbeiter sind. Für ein sechsfünftiges Schwarzbrod würde die Steuerlast, wenn der Roggenzoll verdreifacht wird, auf 10—12 Pf., wenn er vervierfacht wird, auf 14—16 Pf. steigen. Ein Familie also, die täglich ein sechsfünftiges Roggenbrod draucht, würde allein auf das Brod eine Steuerlast im ersten Falle von 36,50 bis 43,80 M., im letzteren Falle von 51,10—58,40 M. zu tragen haben.“ — Und trotz dieser großen Last ist es doch fraglich, ob der „leidenden Landwirthschaft“ damit endgiltig geholfen wäre; denn der Appell kommt beim Essen und wer giebt uns die Garantie, daß die Herren Agrarier nach Einführung der gewünschten Erhöhung befriedigt sind? — Die Landwirthschaft leidet nicht mehr wie jeder andere Erwerb, und wenn Abhilfe geschaffen werden soll, so müssen andere Mittel angewendet werden.

Oesterreich-Ungarn.

In Wien streift die Presse gegen das Parlament, d. h. alle Zeitungen schweigen die Verhandlungen vollständig todt. Anlaß hierzu gab eine bißige Bemerkung des Abgeordneten v. Schönterer über die Jüdringlichkeit der Berichterstatter im Abgeordnetenhaus und ein Erlass des Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Smolka, welcher den Berichterstattern den Zutritt zu den reservirten Räumen des Hauses verbietet. Wie lange die Eingeliegt vorhält, bleibt abzuwarten. Gestern waren selbst die Berichterstatter der amtlichen „Wiener Zeitung“ dem Parlament ferngeblieben. Der Ministerpräsident Graf Taaffe steht auf Seite der Presse und tabelte den Präsidenten Smolka wegen der vorgestrigten Vorgänge, indem er hinzusetzte, ein Parlament ohne Presse sei ein Uding.

Vielleicht hatte sie doch zuweilen an ein Glück gedacht!

Sie hatte daran gedacht, daß, wenn Brand auch nicht reich sei, ihr Vermögen vielleicht diesem Mangel einst abhelfen könne.

„Ist denn Reichtum und Wohlstand zum Glück nothwendig?“ fragte Brand. „Derjenige ist glücklich, welcher mit seinem Loos zufrieden ist; nicht der ist reich, der viel hat, sondern der, welcher wenig bedarf.“ Es giebt, Fräulein Rodenburg, ein Glück, das höher steht, als der Reichtum. . . . das ist das Glück, ein Herz sein nennen zu können, von dem man verstanden wird, mit dem man Freude und Leid theilen kann. . . ein Herz, welches liebt.“

Diese Worte waren an Cordelia gerichtet; aber Lucie fühlte, daß sie für sie bestimmt waren, und der Purpur, welcher vorhin bereits ihr Antlitz überzog, bedeckte dasselbe jetzt bis auf die schlanken Schultern herab.

Langsam erhob sich die langen Wimpern, und ein Blick ihres sanften Auges drückte Brand ihre innigste Zustimmung aus.

„Ja, die Liebe ist ein Glück, über welches man den Reichtum vergißt!“

Wer das Glück hat, zu lieben und geliebt zu werden, bereichert den Reichen, den Vornehmen nicht um seinen Reichtum und Rang. Der zustimmende Blick ihres sanften Auges that Brand wohl, aber er schloß dennoch seine Worte mit einem tiefen Seufzer. Er empfand, daß das Glück der Liebe allein nicht ausreicht, daß die Liebe den Besitz des geliebten Gegenstandes will. Wie fern stand ihm diese Aussicht.

Durfte er jemals wagen, um Lucie anzuhalten? Durfte er sie an sein ungewisses Schicksal fetten? Wenn er auch in diesem Augenblicke eine Stellung einnahm, welche ihn zu einem wohlthätigen Mann machte, so war es doch immer die Stelle eines Untergebenen, welche ihm jeden Augenblick genommen werden konnte.

Eine Pause des Schweigens trat ein, in welcher Jeder mit seinem eigenen Gedanken sich beschäftigte.

Schweiz.

Aus Bern schreibt man der „Loff. Zig.“: „Sehr ungenehm wird die Schweiz im Augenblick durch die Verlegung einer Differenz mit dem benachbarten Baden berührt. Im Oktober v. J. hatte ein deutscher Sozialdemokrat vom Kanton Thurgau aus sozialistische Schriften nach Konstanz geschickt und dort verbreitet. Dabei war er abgefaßt und nach dem geüblichen Fluchtverfahre eingesperrt worden. Auf dem Wege zum Untersuchungsrichter gelang es ihm, zum zweiten Male zu entfliehen. Diesmal erreichte er die nahe Schweizer Grenze und floh bis nach Emmishofen. Der Gefängnißwärter, welcher ihn führte, und ein Stragenaufseher setzten ihm nachholten, und da er ihnen nicht gutwillig nach Konstantz folgen wollte, banden sie ihn und transportirten ihn auf einem Handwagen nach Konstanz zurück. Auf eine Beschwerde der Thurgauer Regierung bezug des Bundes verfügte das badische Ministerium sogleich die Freilassung des betreffenden Sozialdemokraten. Außerdem bestrafte sie die Beamten, welche der Grenzverletzung schuldig gemacht, den einen durch Gefängniß, den andern durch einen Verweis. Den Polizeibeamten wurde eingeschärft, die Schweizer Grenze zu respektiren und keinerlei Amtshandlungen jenseits derselben vorzunehmen. Endlich drückte das badische Ministerium sein Bedauern über den Vorfall aus. Die Sache hat auf diese Weise eine lorrerliche und die Schweiz befriedigende Lösung gefunden, der die Art und Weise scharf kontrastirt, mit der die badische Regierung im vorigen Jahre einen ähnlichen Fall behandelte.“

Italien.

Nach all den traurigen Erfahrungen, die der Parteiden Regierungen machte, scheint es nunmehr — so wird „Frankf. Zig.“ aus Rom geschrieben —, als ob Leo XIII. Anstalt bekomme, daß er seine Hoffnungen anders stellen will und zwar auf — das Volk. Während die soziale Frage so ziemlich allein souveränen Herrschern Europas den Kopf verleidet, vermeint Se. Heiligkeit in ihr nicht mehr und mindert entdeckt zu haben, als eine, wenn sie errichtet, so vielleicht die solideste Grundlage zur Errichtung seines weltlichen Thrones. Es hat vor einigen Tagen im Vatikan eine Deputation piemontesischer Katholiken vorgeprochen und dem „vaticanischen Gesangenen“, als dem Leo XIII. immer noch qualifizierte, 20 000 Lire „Peterspfennig“ überbracht. Mit dieser Deputation, welche der heilige Vater eine gute Stunde lang in seinen Privatgemächern zurücksprach er eingehend über die soziale Frage in dem Sinne, die Kirche allein im Stande sei, sie angemessen zu lösen. Dasselbe soziale Problem wurde drei Tage später von dem Kardinal Soderini, der päpstlicher Nobelpardist ist, zum Gegenstand eines öffentlichen Vortrags gewählt und unter dem Titel „Die soziale Frage“ in der katholischen Kirche des Breiten entwickelt und geadelt. Es hat sodann der hiesige katholische Arbeiterverein mit eben hinausgegebenem Ladeschreiben alle verwandten katholischen Italiens für den nächsten Oktober zu nationalen Kongresse, auf dem die soziale Frage berathen werden soll, nach Rom einberufen. Alles dies sind Symptome erhöhter Thätigkeit im kirchlichen Lager, und da die von Oben ausgegeben worden ist, könnte sich mehr ein Souverän und namentlich die italienische Arbeiterbewegung darauf gefaßt machen, harte Nüsse zum Aufknacken bekommen. — Danach beabsichtigen also die Arbeiter in Italien die soziale Frage in den Vordergrund zu rücken und sich zu kämpfen für das arbeitende Volk aufzukommen. — Es läßt sich aber wohl kaum annehmen, daß die Italiener dem sadescheinigen Banner der kirchlichen Arbeiterbewegung folgen, desto eher wird ihnen die Ueberzeugung kommen, daß dieselbe nicht zur Verwendung für eine höhere Macht als Papstthums eignet. Die Herren, welche sie zu diesem Zweck ausnützen wollen, werden sich gehörig die Finger verbrennen.

Amerika.

In der Sitzung des Repräsentantenhauses vom 27. d. ist es zwischen dem Abgeordneten Finerty von Chicago und Cobb von Indiana fast zu Thätlichkeiten gekommen, weil Finerty die Nichtwürdigkeit der Dynamitarde „als ein gewisses gewissenloses Unterdrückers abzuschnüdeln“ bezeichnete. Gentleman“ antwortete darauf Cobb, „würde solchen ungenügen Ausdruck geben, am wenigsten ein Mitglied des Hauses. Sie vertreten nicht getreu Ihre Wähler, schimpfen dieselben.“ Nur durch das Dazwischentreten der Freunde wurde eine Prügelei verhindert. — Der Vereinigte Staaten-Flotte in Key West, Florida, meldet nach genauesten Untersuchungen keine Freibeuter-Expeditionen nach Cuba organisiert werde. — In Folge der schlechten Ernte in den Vereinigten Staaten lehren viele Einwanderer nach Europa zurück. Wie der „Times“-Korrespondent in Philadelphia meldet, sind die Rückkehrenden meist Deutsche, Italiener, Polen und Ungarn. Eine starke Auswanderung soll namentlich der Anthracitregion von Pennsylvania stattfinden. Die niedrigen Zwischenhandelspreise erleichtern vielen die Rückkehr nach Europa.

Da hörte man rasche Schritte hinter sich. Es war Lord Killmore, welcher sich näherte.

„Ich suchte Sie eben, meine Lieben,“ sagte er in einem so zarten und herzlichem Tone, „und namentlich Sie, Fräulein Rodenburg,“ wandte er sich Cordelia.

„Nicht?“ antwortete Cordelia. „Ich wüßte nicht, daß ich die Ehre einer besonderen Aufmerksamkeit von Seiten des Lord Killmore verdient hätte.“

„Es handelt sich hier nicht um eine Ehre, die ich Ihnen erweisen will, Fräulein Rodenburg, sondern es handelt sich hier um eine Bitte, deren Gewährung mir dringend am Herzen liegt.“

„Ein Mann, wie Sie,“ antwortete Cordelia mit einem zerknirschlichen Beruegung, hat nur zu befehlen, und ich werde niemals zu bitten, am allerwenigsten eine Person von untergeordneter Bedeutung, wie ich bin.“

„Fräulein Rodenburg, Sie haben in meinen Augen eine hohe Bedeutung. Waren Sie nicht die Erzieherin meiner zukünftigen Frau? . . . Danke ich Ihnen nicht für die vortrefflichen Eigenschaften und den guten Charakter meiner Helene? Ruß ich Sie nicht wie eine Schwiegermutter achten?“

„Sie schlagen meine bescheidenen Verdienste zu hoch an, Mylord.“

„Nicht im mindesten! . . . Doch nun noch eins. Ihrer Hand liegt es, mein Glück vollkommen zu machen.“

„O, Mylord, Sie belieben zu scherzen!“

„Ich spreche im Ernste, Fräulein Rodenburg. Sie sind mir so lieb, Sie mich an! Es giebt noch andere Leute außer mir, welche Sie schätsen und Liebe empfinden, um selbst ganz glücklich zu sein, will ich auch diese glücklich sehen. Gestatten Sie, ich Ihnen zuerst eine Wirttheilung mache.“

„Sie sind sehr gütig, Mylord. . . Ich höre!“

„Herr Brand ist auch Ihr Freund, wie ich weiß.“

„Ich schätze Herrn Brand sehr hoch, und wenn Sie, Mylord, vielleicht ausnehmen darf, — höher als alle anderen Männer, welche ich kenne.“

Killmore verneigte sich lächelnd und fuhr fort: „In demselben Falle befinde ich mich auch, Fräulein Rodenburg.“

Aus der Baudeputati im Jahre von den Ad für die erste Lohnes für 11,50 M. für Quadratmeter haltungslos. Der Magistrat 7/19. März Stadtverordn zugehen lasse Sagen der f Wie be Straßensörpe Lagersteller entgegenstret Anlage die Kaufaus Die jetzt belamlich de an den Wagi ab etwa proo Magistrat ha eine prou die städtische Kaufmännchen scheint es der Projekt Besch wesen, ob E über die V Speichergebäu Straße reip. Die viel der Frankfurt veranlaßt, ein mit die Fra städtische Die Realisations es nicht angä liche Pumpste schließlichen ur und technisch leiten ausfüh die zahlreich Rassen der A wähltag. Auf den wahren der T wähllosen, so im Erbauung ihm auf de wählte Platz aus bei der eine Beihilfe antragen, we Bereinigten die noch erfo stellt werde wichtige Exi beschäft wer allen beheilic

Kommunales.

Aus der Magistratsung am Freitag. Die städtische Bau-Deputation hat dem Magistrat vorgeschlagen, daß für die im Jahre 1885/86 zu regulierenden Straßen die von den Adjunkten der Stadtgemeinde zu erstattenden Kosten für die erste Pflasterung inklusive des Materials und Arbeitslohnes für Hauptstraßen auf 13 M. und für Nebenstraßen auf 11,50 M. für den Quadratmeter, und daß der Beitrag zu den Kosten der Unterhaltung neuer Straßen auf 0,20 Mark pro Quadratmeter und Jahr, das Ablosungskapital für diese Unterhaltungskosten auf 0,80 M. pro Quadratmeter festgestellt werde. Der Magistrat hat gemäß dem § 3 des Distriktsstatuts vom 7. März 1877 diesem Vorschlage zugestimmt und wird der Stadtverordneten-Versammlung eine hierauf bezügliche Vorlage vorgelegt lassen. Die vorgeschlagenen Sätze entsprechen den Sätzen der früheren Jahre.

Die bereits mitgetheilte worden, zieht sich unter dem Straßkörper vor dem Hause Burgstraße 7 bis zur Spree ein Längeltunnel hin, welcher den Kanalisationsarbeiten hinderlich entgegentritt. Die städtische Bau-Deputation hat daher den Ankauf dieses Kellers beschlossen, und der Magistrat hat dem Antrage zugestimmt.

Die jetzt gefährliche Passage bei der Herkulesbrücke hatte beiläufig der Stadtverordneten-Versammlung zu der Anfrage an den Magistrat Veranlassung gegeben, in welcher Weise und zu etwa provisorische Abhilfe geschaffen werden könne. Der Magistrat hat beschlossen, diese Anfrage dahin zu beantworten, daß eine provisorische Abhilfe nicht möglich sei, daß aber von der städtischen Bau-Deputation ein Projekt zur Festlegung von Baukosten für die Herkulesbrücke ausgearbeitet sei, jedoch erheischt es dem Magistrat noch nachzudenken, bevor er über das Projekt Beschluß fassen könne. Informationen darüber einzuladen, ob Seitens des Kultusministeriums bereits endgültig über die Befahrung des zu Museumszwecken angekauften Straßengebäudes beschloffen sei, da hiervon die Gestaltung der Straße resp. die Entzerrung der Herkulesbrücke abhängt.

Die vielfachen Klagen über die mangelhafte Entwässerung der Frankfurter Allee hat den Magistrat zu dem Beschlusse veranlaßt, einen Teil des Radialsystems XII, in dessen Bereich die Frankfurter Allee nebst Nebenstraßen, sowie der städtische Viehbof liegen, zur Ausführung zu bringen. Die Kanalisationsdeputation soll sich demnächst darüber äußern, ob es nicht angängig sei, daß die für dies Radialsystem erforderliche Pumpstation nördlich der Eisenbahnbrücke der Nieder-Schlesischen und der Dübahn errichtet wird, damit die kostspielige und technisch, wenn überhaupt, nur mit den größten Schwierigkeiten ausführbare Unterführung des Hauptkanalens unter die zahlreichen Eisenbahnbrücken vermieden werde. Die Kosten der Ausführung sind auf vier Millionen Mark veranschlagt.

Auf den Antrag seiner Subkommission, welche mit Vertretern der Thomas-Parochie berathen hat, hat der Magistrat beschlossen, sich für die Theilung der sehr großen Parochie und die Erbauung einer neuen Kirche für den östlichen Theil derselben auf dem seit längerer Zeit schon in Aussicht genommenen Platz zu interessieren. Der Magistrat erklärt sich bereit, auch bei der Stadtverordneten-Versammlung die Gewährung einer Beihilfe von etwa 200 000 M. für den Kirchenbau zu beantragen, wenn auch von anderer Seite, namentlich von den Vereinigten Kreis-Synoden und von der Thomas-Gemeinde noch erforderlichen sehr beträchtlichen Beiträge in Aussicht gestellt werden. Ferner soll darauf hingewirkt werden, daß die städtische Existenz der neuen Kirchengemeinde sichergestellt wird. Demnächst werden nun die erforderlichen Verhandlungen mit allen beteiligten Körperschaften stattfinden.

Lokales.

In dem bevorstehenden Abbruch des früheren Arbeiterhauses auf dem Alexanderplatz erfahren wir, daß am künftigen Sonnabend die Uebergabe der Bauleitungen an die städtische Bau-Deputation zum öffentlichen Verkauf beabsichtigt ist. Das Arbeiterhaus ist von den Meistern bis auf einen, den Polsterwaarenfabrikant Götsche, geräumt, welcher ebenfalls seine Arbeitsräume bis zu dem gedachten Termine verlassen muß, widrigenfalls die Räumung der noch von ihm bewohnten Lokalitäten auf exekutionellem Wege erfolgen dürfte. Herr G. war es angeblich noch nicht möglich, ein neues Lokal zu beziehen, weil der Einrichtung der erforderlichen Lokalitäten auf dem von ihm in Aussicht genommenen Grundstücke Alexanderstraße 29 sich unerwartete Hindernisse entgegenstellten hatten. Der Abbruch soll dann derartig beschleunigt werden, daß man nach Herstellung der nöthigen Vorarbeiten spätestens am 1. Juni cr. mit der Grundsteinlegung zu dem neuen Polster-Präbialsgebäude beginnen kann. Bei dem Abbruch des Arbeiterhauses wird beiläufig auch die in demselben befindliche Rathswaage nach dem gegenüber liegenden neu errichteten Gebäude an der Straße verlegt, welche den Alexanderplatz mit der Neuen Friedrichstraße verbinden wird. Diese Straße ist erst bis zur Hälfte fertig, so

daß die oft hoch beladenen Dremwagen wieder umkehren müssen, um abfahren zu können, eine Nothwendigkeit, welche nicht unerhebliche Verlebensfrist im Gefolge haben wird. Es dürfte daher zweckmäßig sein, schon jetzt die gänzlich fertige Durchlegung der neuen Straße zu beschleunigen, damit die auffahrenden Wagen unbehindert nach der Neuen Friedrichstraße abfahren können.

Das neue Bahnhofgebäude in Steglitz nahe seiner Vollendung und dürfte bereits im Frühjahr dem öffentlichen Verkehr übergeben werden können. Dem alten Bahnhofgebäude gegenüber belegen, wird die neue Wartehalle von 14 eisernen Säulen getragen; ein viertes Geleise führt an der Halle vorbei. Von diesem Perron gelangt man auf einer Treppe zu dem unter dem Bahnkörper hergestellten Durchgang nach der Albrechtstraße. Eine zweite Unterführung führt von dem Biletthaler am alten Bahnhofgebäude nach dem neuen Bahnhofgebäude, so daß eine Ueberschreitung der Geleise vermieden wird und jede Gefahr für die Passagiere ausgeschlossen ist. Mit Beginn des Frühjahrs wird eine neue Straße in der Richtung der Teichstraße nach der Steglitzerstraße in Lichterfelde angelegt werden, so daß für die Bewohner von Steglitz bzw. Lichterfelde eine Abkürzung des bisherigen Weges von etwa 10 Minuten zu erwarten ist.

Die deutschen Bildhauer werden zur Einsegnung von Entwürfen zu einem Denkmal für Martin Luther (das auf dem Neuen Markt in Berlin aufgestellt werden soll) aufgefordert. Das spezielle Programm für die Konkurrenz ist vom Vorsitzenden des Komitee (Kammergerichts-Raths Schroeder, Halle'sches Ufer 11) zu erfordern, und sind für die besten Entwürfe 5 Preise (a 5000, 3000, 2000 und zwei a 1000 Mark) ausgesetzt. Die Arbeiten müssen spätestens bis 1. Oktober d. J. eingereicht werden.

Der Droschkentischer Friedrich Helm beging am 28. Januar v. J. sein 25jähriges Dienstjubiläum, während welcher Zeit er bei dem Droschkenbesitzer A. Böcke getreu seinem Berufe oblag. Es hat nicht an Ovationen aus dem Interessentenkreise gefehlt und allgemeine Anerkennung wurde dem Helm überall gezollt. Am 29. Januar d. J. ist der erst 56 Jahre alte Mann zur Ruhe eingegangen. Sein Tod auch nur ein schlichter Mann, so war es doch ein braver Berufsgenosse und ein strebsamer Familienvater. Mag er Frieden und Ruhe finden.

Geleimt. Ein Weinhändler aus Frankfurt a. M., der sich Geschäfte halber hier aufhält, besuchte, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ mittheilt, ein Bierlokal am Schiffbauerdamm, trank dort ein Glas Bier und, um es zu bezahlen, nahm er ein 20-Markstück aus der Tasche und übergab es dem servierenden Kellner. Der Kellner (sowohl als auch der Wirth selbst) erklärte, das 20-Markstück nicht wechseln zu können, und so ging der Kellner zum benachbarten Materialisten, um sich für die Doppelkrone Kleingeld geben zu lassen. Inzwischen brachte er von dort den Bescheid, daß der Kaufmann das 20-Markstück für ausstehende Forderungen, für Kasse, Ruder u. s. w., an den Restaurateur an sich behalten habe und auch gleichzeitige Quittung mitschle. Trotz aller Reklamationen des Herrn St. hat er sein Geld nicht zurückerhalten können; ihm bleibt nichts weiter übrig, als eine Klage um Herausgabe des Goldstückes gegen den Materialisten anzustrengen.

Wieder eine Entführungsgeschichte. Eine der von uns in voriger Woche mitgetheilte Entführungsgeschichte eines Säuglings, welcher angeblich einer Gräfin in Köln zugetragen worden sollte, ähnliche Entführungsgeschichte ist vor einigen Tagen passiert. Die in einem Hause der Rüdersdorferstraße wohnhafte unverehelichte B. hatte vor einigen Tagen in einer hiesigen Zeitung eine Annonce einrücken lassen, wonach sie beabsichtigte, ihre am 23. Dezember v. J., also vor 5 Wochen, geborene Tochter zu verschenken. Vor drei Tagen kam zu ihr eine etwa 40 Jahre alte, anständig gekleidete Frau und wünschte das Kind zu sehen und event. mitzunehmen, um es, wie sie angab, ihrer Herrschaft, welche sehr wohlhabend und kinderlos sei, zu zeigen. Da die Frau das Kind bald zurückerlangen wollte, so gab die B. ihr das Kind mit. Die Unbekannte hat sich aber bis jetzt mit dem Kinde nicht wieder sehen lassen, und die bisherigen Nachforschungen nach der Frau und dem Kinde waren erfolglos.

Ueber eine Messeraffaire, die sich wiederum in unserem Nachbarorte Rixdorf abspielte, und die mit der anscheinend lebensgefährlichen Verletzung eines Menschen endigte, wird uns berichtet. Als sich gestern Abend ein in der Prinzhofstraße wohnender Kellner R. nach Hause begeben wollte, wurde er plötzlich in der Hermannstraße von drei Personen überfallen und derart mit Messern bedrängt, daß er bewußtlos zusammenbrach. Halb ohnmächtig vor Blutverlust wurde der Schwerverletzte erst nach einiger Zeit in dem Hausflur seines Hauses gefunden und sofort in ärztliche Behandlung gegeben. Man nimmt an, daß R. das Opfer eines Raubactes geworden, weil er einem seiner Angreifer den Aufenthalt im Hause, in dem er Wirth ist, verboten hat. Das Untersuchungsverfahren ist eingeleitet.

N. Ueberfahren wurde gestern Abend ein in Moabit wohnender, anscheinend dem Arbeiterstande angehöriger 20jähriger junger Mann, Namens M. Derselbe wollte in der Wilhelmstraße einem ihm entgegenkommenden Arbeitswagen ausweichen, fiel aber beim Ueberschreiten des Fahrdammes zur Erde und kam unglücklichweise vor die Räder des Fuhrwerks zu liegen. Der Verunglückte trug dabei eine anscheinend schwere Verletzung am rechten Fuß davon, in Folge dessen er nach einem Krankenhaus geschickt werden mußte. Dem Kauscher soll nach Aussagen von Augenzeugen keine Schuld an diesem Unglücksfall beizumessen sein.

Zwei durchgehende Pferde versetzten am gestrigen Tage die Passanten der Landwehrstraße in Aufregung. Die Thiere, die vor dem Wagen eines Schächtermeisters B. gespannt waren, sind aus unbekannter Veranlassung (sich geworden und rasten nun mit dem Fuhrwerk, unbekümmert um die Passanten, die Landwehrstraße entlang. Beinahe am Ende derselben fuhr der Wagen gegen einen Breitstein und schlug um, wodurch die Thiere zum Stehen kamen. Der auf dem Wagen befindliche Kauscher Hermann B. kann aber dabei so unglücklich unter denselben zu liegen, daß er eine schwere Verletzung der Wirbelsäule davontrug. B. mußte sofort nach dem städtischen allgemeinen Krankenhaus geschickt werden.

Ein Katastrophe, die leicht die unberechenbarsten Folgen hätte haben können, trug sich am Freitag Nachmittag 4 Uhr in der Panoramastrasse, vis-à-vis dem Panorama zu. Von einem dort bereits bis zum Dachgeschoß aufgeführten Neubau löste sich plötzlich ein 4 Meter langes Dachgestank los und stürzte, einen auf dem Bau beschäftigten Arbeiter L. mit sich reichend, aus der ziemlich beträchtlichen Höhe auf den Bauplatz. Der verunglückte Arbeiter wurde vollständig unter dem Mauerwerk begraben und mit schweren Verletzungen blutüberströmt hervorgezogen. Nachdem ihm an Ort und Stelle der erste Nothverband angelegt worden, wurde er nach dem katholischen Krankenhaus geschickt. Nach der Ansicht von Fachleuten soll die Katastrophe dadurch entstanden sein, daß das Mauer- und Balkenwerk sich in Folge des plötzlichen Wetterumschlages gelöst hatte. Der Verunglückte ist bereits gestern Abend 9 Uhr im katholischen Krankenhaus an den erlittenen Verletzungen erlegen. Als Todesursache wurde ein komplizierter Schädelbruch konstatiert.

Sausouci ist von dem bekannten Restaurateur Méroz übernommen. **Projektirtes Repertoire der königlichen Schauspiele** vom 1. bis 8. Februar. Im D ernhause. Sonntag, den 1.: Marie, die Tochter des Regiments, Orientalisches Bild; Dienstag, den 3.: Subscriptions-Ball; Mittwoch, den 4.: Fiedlo (Herr Niemann); Donnerstag, den 5.: Don Juan (Herr Frisch a. G.); Freitag, den 6.: Lohengrin (Herr Niemann); Sonnabend, den 7.: Der Trompeter von Säckingen; Sonntag, den 8.: Undine (Herr Frisch a. G.). — Im Schauspielspielhaus. Sonntag, den 1.: Maria Stuart; Montag, den 2.: Ein Sommernachts Traum; Dienstag, den 3.: Rosenkranz und Gildenstern; Mittwoch, den 4.: Der Damentag, Cassor und Polluz; Donnerstag, den 5.: Rabale und Liebe; Freitag, den 6.: Der zerbrochene Krug, Der beste Ton; Sonnabend, den 7.: Die Räger; Sonntag, den 8.: Glück bei Frauen.

Belles Alliance-Theater. In dem dreitägigen Lustspiel „Hotel Blancmignon“, welches heute daselbst zum ersten Male gegeben wird, sind von den Gästen des Ballner-Theaters Frau Carlsen, Frau Schmidt, Herr Meyer, Dillion, Wem, und die Herren Ruz, Dittbert, Wemle und Guther in den Hauptpartien des Stückes beschäftigt, welche sie schon am Ballner-Theater kreuzten. Im „Deutschen Theater“ geht, wie bereits angekündigt, am Mittwoch, den 4. d. M., „Fiedlo“ zum ersten Mal in Szene. Heute, Sonntag, wird „Der Weg zum Herzen“ und morgen, Montag, „Romeo und Julia“ gegeben. Im Uebrigen bringt das Repertoire dieser Woche außer den Wiederholungen von „Fiedlo“ noch „Die Welt, in der man sich langweilt“, „Der Weg zum Herzen“ und „Bitt und Fox“.

Zentral-Theater. Der am Dienstag im Zentral-Theater stattfindenden 100. Aufführung des „Wagner-Römis“ wird von allen Seiten das regste Interesse entgegengebracht. Die Biletbestellungen zu dieser Jubiläumsvorstellung erfolgen in solcher Anzahl, als geite es der Premiere beizuwohnen; bis jetzt hat das Stück von seiner Jagtkraft noch nichts eingebüßt.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Die Freiheit der Branntweinvergiftung möchten unsere Reaktionen nicht beschränkt sehen, obwohl sie sonst für Beschränkungen aller Art schwärmen. Freilich würde sich ein

„Glauben Sie mir, mein Freund,“ sagte er, „wenn es auch geschehen hat, als kümmerst du dich um die Gefühle anderer Herzen; nicht, so habe ich doch die Ihrigen längst durchschaut; ich habe von Ihrer Liebe längst gewußt. . . . Es fehlt zu meinem eigenen Glück, daß ich Sie glücklich sehe; und nun, Fräulein Cordelia, ist es an Ihnen, sprechen Sie zu dem Bunde „Ja“ und „Amen“.“

Cordelia hatte keine Bedenken gegen die Heirath. Sie empfand in diesem Augenblick das Glück der Liebe mit.

Sie schloß Lucie in ihre Arme. Sie wollte sprechen, aber sie brachte kein Wort hervor, sondern vermochte nur heftig den Kopf zu schütteln.

Dann drückte sie Lucie wieder bald von der rechten, bald von der linken Seite an ihre Brust, ja, in ihrer Freude und ihrer herzlichen Theilnahme vergaß sie sich so weit, daß sie Herrn Brand in die Arme schloß. . . . Und hätte sie nicht der hohe Respekt zurückgehalten, sie hätte in ihrer Freude und ihrem Danke Rylord selbst in die Arme geschlossen; so aber begnügte sie sich, mit ihren beiden Händen dessen Rechte zu erfassen, sie herzlich und dankbar zu drücken.

Was für ein Fest war das! Das Feuerwerk fand statt in aller Pracht und allem Glanz, welchen Brand vorbereitet hatte.

Noch mußte Niemand von dem neuen, großen, überraschenden Ereignisse.

Als man aber beim Souper zusammen saß und Lord Killmore das „Hoch“ auf das neuerlobte Paar ausbrachte. . . . da malte sich wieder das Erstaunen auf allen Gesichtern, fast noch mehr als bei Helene's Verlobung, und nun waren die Herzen der Freude so weit geöffnet, daß das Glück, welches die Liebenden empfanden, auf allen Gesichtern zu lesen war.

D, das war ein Zusammensein glücklicher Menschen! Das war ein Tag des Glücks und der Freude, wie es ja deren so wenige im Leben giebt; und daß das Glück diesmal sein Füllhorn nicht unverdient ausgeschüttet hatte, daß zeigte sich darin, daß es von Niemandem beneidet wurde. (Fortf. folgt.)

Ihre Güte hinnehmen, und Ihnen das Versprechen geben, daß, wenn ich so viel Wohlwollen auch niemals wirklich verdienen kann, ich mich doch bestreben werde, mich dessen niemals ganz unwürdig zu zeigen.“

„Es bedarf Ihrerseits keiner Versicherung, Herr Brand, wir kennen uns. . . . Und nun reichen Sie mir Ihre Hand; wir wollen Freunde bleiben. . . . Sie werden mich nach Schottland begleiten; ich werde Sie dort meinen Beamten, Ihren zukünftigen Untergebenen, vorstellen, Ihnen Kasse, Bücher und Papiere aushändigen; und daß Sie dann Ihre Pflicht thun, daran zweifle ich nicht.“

„Rylord, auch ich kann nicht umhin, Ihnen zu danken,“ nahm jetzt Cordelia das Wort. „Das Glück, daß Sie Herrn Brand bereitet haben, trifft mich auch; meine Freundschaft für ihn läßt mich sein Glück empfinden, als ob es mir selbst widerfäre. Herr Brand, ich wünsche nur von ganzem Herzen, daß Ihr Glück unserem freundschaftlichen Verhältnisse keinen Abbruch thue.“

„Gewiß niemals, Fräulein Rodenburg; ich denke, Sie kennen mich darin, daß das Glück mich so wenig übermüthig macht, als das Unglück mich beugt.“

„Sprechen Sie noch nicht von großem Glück,“ erwiderte Killmore mit einer bedeutungsvollen Geste; ich weiß, daß zu Ihrem Glück noch eins fehlt, und dies Eine liegt in der Hand des Fräulein Rodenburg.“

„In meiner Hand, Rylord? Ich wüßte nicht!“

„Ich werde es Ihnen sagen. . . . Hier sind zwei Menschen, welche sich herzlich lieb haben, und welche sehr wohl wünschen, für das ganze Leben einander anzugehören — Fräulein Lucie und Herr Brand. . . . Sie vertreten gewissermaßen Mütterstelle an Fräulein Lucie, indem also Herr Brand um die Hand der holden Lucie anhält, bittet er Sie um Ihre gefällige Einwilligung und Ihren Segen. . . . und ich verbinde meine Bitten mit den ibrigen. . . . Ist das Paar nicht für einander geschaffen? Wäre es nicht grausam, sie von einander zu trennen?“

„D, Rylord!“ riefen Lucie und Brand zugleich, indem sie jeder seine Hand ergriffen. Lächelnd legte er ihre Hände in einander.

Rodenburg, nur daß ich mich selbst nicht ausnehme. Ich habe Herrn Brand's vortreffliches Herz und sonstige guten Eigenschaften kennen gelernt, seine Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit, ich bin deshalb bedacht gewesen, ihn dauernd an mein Interesse zu fesseln, wenn es Herrn Brand gefällt. Ich wünsche seine Thätigkeit nicht auf Stolzenburg zu beschränken, sondern daß er dieselbe auch auf meine übrigen Güter, ja auf die Verwaltung meines ganzen Vermögens übertrage, und habe ihn deshalb zum Oberamtmanne meiner Güter gemacht, mit einer Anstellung auf Lebenszeit, so daß es nur ihm frei stehen soll, dieses Verhältniß aufzulösen.“

Alle blickten den Lord überrascht an. Brand wollte ihn unterbrechen.

„Rylord. . . .“ begann er.

„Killmore aber bedeutete ihm durch einen Wink mit der Hand, daß er noch fortfahren wüßte.“

„Eine so umfangreiche und verantwortungsschwere Stellung,“ fuhr er dann fort, „muß auch hinlänglich dotirt sein, namentlich da häufige Reisen zwischen hier und meinen weitläufigen Besitzungen nöthig sein werden; ich habe deshalb Herrn Brand ein Fugum von viertausend Thalern ausgesetzt, mit der Bestimmung, daß er seinen Wohnsitz in Stolzenburg nimmt und den Ertrag von Stolzenburg als eine Lantime für sich behalte; nur mache ich mir aus, daß für mich und meine künftige Gemahlin die Räume hier stets bereit stehen, und daß die Kosten unseres Aufenthaltes hier ebenfalls aus dem Erträgen des Gutes bestritten werden.“

„Rylord, ich finde keine Worte, Ihnen für diese Großmuth zu danken,“ stotterte Brand, der in der That durch diese ihm ganz neue Hoffnung aufs Höchste überrascht war.

„Erlauben Sie, Herr Brand, unterbrach ihn Killmore, „sich nicht, als ob Sie davon nichts wüßten, und als ob Ihrem Kulte liegend gesehen hätten; es bedarf also eines nachträglichen Dankes nicht mehr.“

„Rylord, Sie sind so großmüthig, daß Sie mir auch den Dank ersparen wollen,“ sagte Brand. „Ich kann in der That nichts thun, als mit schweigender Dankbarkeit

Vorgehen gegen die Schnapspest gegen ihren eigenen Geldbeutel richten und da wäre es sehr unpraktisch, noch länger praktisches Christentum zu treiben. Aber allmählich sind die Besteuerungs- und Konsumverhältnisse des Branntweins doch geradezu skandalös bei uns geworden. Die Branntweinsteuer beträgt pro Kopf in Norwegen 1,80; in Frankreich 2,20; in Schweden 3,34; in Belgien 3,60; in Dänemark 3,74; in Russland 8,12; in England 9,10; in den Niederlanden 9,18; in Deutschland aber nur — 0,98 Mark. Mit diesem geringen Steuertraber stehen die Quantitäten, die in Deutschland und speziell in Norddeutschland konsumiert werden, im schärfsten Kontrast. Im deutschen Norden kommen, nach den Angaben des Abz. Buhl, nicht weniger als 9 Liter jährlich auf den Kopf der Bevölkerung, während sich im brandgünstigen England nur 3 Liter, in Frankreich 5 und selbst im halbbarbarischen Russland nur 6 Liter pro Kopf ergeben. Frankreich zieht aus der Besteuerung des Alkohols jährlich 246 Millionen Mark Einnahmen; England 520 Millionen; Russland gar 900 Millionen; die Vereinigten Staaten ergeben 991, und sogar die kleinen Niederlande 47 Millionen. Selbst die konservative „Schles. Zig.“ bemerkt hierzu: „Wie nehmen sich diese Ziffern gegenüber die winzigen 36 Millionen aus, welche unser großes Deutschland aus dem Nationalgott an Steuern bezieht! Von dem furchtbaren Elend, welches der über alles Maß billige Schnaps in unserem Vaterlande anrichtet, ist an dieser Stelle oft genug geredet worden. Mit wahrer Beschämung gedenken wir noch der etwa vor Jahresfrist von uns veröffentlichten Fluchschrift aus Elsfeld-Lothringen, in der es hieß, daß nichts den Fluch aufzuheben könne, den Deutschland durch den billigen Branntwein über das eroderte Land gebracht habe.“ Und kürzlich äußerte neulich: „Ich erleide es vielfach, daß von den Arbeitern der beiden Buderfabriken meines Heimathortes (Trachenberg bei Breslau) oft schon früh am Morgen Leute trunken zu sehen sind, die während der Nachtarbeit die Branntweinschalen aufgesucht haben. Und als Amtsvorsteher habe ich die Erfahrung gemacht, daß Schulkinder im Alter von 9 bis 10 Jahren sich gegenseitig mit Branntwein trunken gemacht haben, um sich, wie sie sagten, ein Vergnügen zu bereiten. Es hat nichts geholfen, daß die Genehmigung zur Errichtung von Schnapschänken von der Bedürfnisfrage abhängig gemacht ist. In einem kleinen Dorfechen der Lausitz kommt auf je 55 Einwohner eine Schnapschänke.“ Trotz alledem bleibt der Branntwein so gut wie steuerfrei. Uebrigens will es uns scheinen, als ob die Verheerungen mit ihrem Widerstand eine sehr kurzfristige Interessenspolitik verfolgten; wird heute die Branntweinsteuer nicht reformiert, so wird es später geschehen, aber um so gründlicher und rücksichtsloser.

Ueber die Lage der Holzarbeiter in Berlin geht uns folgender Bericht zu: Die verschiedenen Kategorien der Holzarbeiter, welche an Holzbearbeitungs-Maschinen thätig sind, theilen sich in 2 Gruppen. Erstens Akkordarbeiter, darunter sind zu verstehen: Blochhagel-, Balken-, Furnierschneider, Hobelmaschinenarbeiter, Spundmaschinenarbeiter, Vollgabelschneider und ein Theil der Handhagel-schneider. Diese haben durchaus kein Bedürfnis, ihre Arbeitszeit zu verlängern. Die Forderungen der Arbeiter um höhere Löhne wären ihnen aber sehr erwünscht, da sie alsdann ebenfalls sich dem Drucke gegen die Arbeitgeber anschließen könnten. Gerade obige Arbeiter hätten am ehesten die Pflicht, einzutreten für ihre Mitmenschen. Sie fühlen das Bedürfnis aber weniger, weil ihre Arbeit nicht gefährlich ist, die Arbeiter sich durch Transport-Balken von selbst weiter bewegen, sodas ihnen nur eine betreffende Wartung der Maschinen obliegt. — Zweitens. Reilmaschinenarbeiter sind bald im Lohn und bald im Akkord beschäftigt. Diese Berufsbranche ist erst seit 1878 recht zur Ausdehnung gekommen, was vor 1878 nicht gelingen wollte, da man da mehr Bogen-Arbeit als gerade Arbeit fabrizierte. Die Maschinen sind zum Theil auch mehr in geschlossenen Räumen untergebracht, die zu verarbeitenden Holzstücke transportieren sich

durch Vorrichtungen von selbst und arbeiten je nach Bedarf gleich von 4 Seiten. Vorher genannte Arbeiter sind ebenfalls höchst indifferent, es liegt dies theilweise in der Absonderung der verschiedenen Branchen. — Der eigentliche und gefährlichste Beruf aller Berufsbranchen ist der der Tischfräiser, Bodfräiser, Kreis- und Sägen-schneider, Bandsägen-schneider, Desonpirer oder Männer, die an Schneidemaschinen beschäftigt sind, um Holzstücke zu durchlöchern. Die in der letzten Gruppe beschäftigten Arbeiter sind zu 3/4 in ungeheizten schlecht ventilirten Räumen und in sogenannten Schuppen untergebracht. Diese Arbeiter haben die zu verarbeitenden Holzstücke zu zergliedern oder durch Feconceisen die Stücke zu verschönern, je nachdem von Tischlern oder Bauherren gegebenen Zeichnungen, sie arbeiten mit ihren Händen unmittelbar vor den betreffenden

4. Klasse 171. Königl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 31. Januar 1888.
Aus der Gewinnliste über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Vorklasse beigefügt.

63 (550) 335 422 (550) 31 62 70 555 62 (1500) 87 636 (300) 720 819	123 55 78 277 (300) 397 412 (3000) 74 92 509 41 98 (1500) 639 (3000) 724 (6000) 35 815 33 59 81 957 (3000) 62 75 48909 19 113 32 291 477 590 601 11 (3000) 62 (3000) 63 (3000) 96 708 811 13 41 43 99 936 49009 115 (500) 283 (300) 84 345 57 533 (1500) 44 70 71 81 85 753 858 (300) 84 903 10 32 52 (1500)
10036 57 58 31 108 23 89 97 288 355 64 420 32 39 81 632 827 99	50008 46 69 90 106 27 52 54 58 248 88 331 57 85 451 (3000) (550) 86 96 97 603 90 (1500) 92 (500) 792 (1500) 861 65 925 27 58 51036 44 80 86 172 84 (1500) 294 349 (3000) 436 92 (3000) 733 72 85 (300) 814 21 32 55 905 6 58 52076 83 134 67 75 280 83 (550) 333 94 413 56 58 (3000) 551 631 50 74 (3000) 79 718 46 47 830 83 923 63 53072 (3000) 79 134 92 248 309 36 55 470 (300) 76 821 33 (300) 70 (550) 604 18 41 62 73 720 51 (300) 77 803 21 942 49 54051 112 (300) 19 88 208 30 (3000) 79 325 50 74 411 44 (550) 81 513 74 91 (3000) 753 55 82 (3000) 801 13 20 (300) 39 (3000) 49 (1500) 89 958 81 85 55067 116 66 88 263 91 94 304 36 51 (1500) 87 462 89 501 70 705 21 47 53 78 859 78 56008 25 69 133 36 45 95 300 44 (3000) 78 96 95 444 50 565 618 38 53 63 66 84 87 818 40 941 93 57115 23 75 228 321 39 48 (300) 78 484 86 443 59 (550) 99 621 52 86 707 36 61 54191 214 69 (550) 850 (1500) 56 (300) 58 417 25 32 (3000) 514 41 88 94 867 910 21 64 (3000) 55 72 59019 138 41 (3000) 394 37 44 75 (3000) 415 (3000) 29 55 69 79 590 99 618 (1500) 46 59 752 63 69 46 (300) 51 (550) 72 902 15 39 60623 39 (1500) 96 209 60 77 316 36 44 452 529 97 616 77 44 72 855 56 927 50 61005 21 75 (3000) 101 (3000) 223 324 (300) 94 413 (1500) 62 65 69 78 82 87 512 29 612 90 701 (550) 4 5 804 29 88 62044 (300) 100 (300) 16 219 34 802 7 45 75 (3000) 563 65 630 76 62 79 818 951 43007 25 100 80 216 23 30 65 (550) 69 76 (1500) 325 (1500) 89 500 604 31 747 812 54 911 70 64073 120 234 61 313 44 72 (550) 403 26 509 11 31 88 671 747 84 826 (3000) 77 977 98 49 55252 59 721 83 905 (300) 44 91 74016 74 78 253 72 (1500) 746 49 70 882 (300) 93 (300) 905 66010 78 190 259 300 55 74 82 749 76 635 717 66 73 (3000) 971 78 (550) 67044 (3000) 79 168 312 61 (3000) 415 43 512 47 55 81 672 (3000) 81 738 39 83 86 6 (3000) 68 68019 (1500) 63 167 203 25 35 80 332 51 83 86 851 757 846 69 69005 13 267 301 21 (300) 64 84 95 404 86 90 514 65 70 (550) 611 719 35 61 853 948 70097 122 41 48 87 250 (300) 337 90 411 34 46 68 555 (1500) (300) 72 655 844 955 (3000) 71003 28 34 64 88 114 68 70 86 (550) 303 373 89 465 87 520 25 93 630 50 732 825 56 67 (550) 909 (550) 66 (550) 72163 271 350 53 57 59 96 98 506 87 625 30 (300) 39 61 869 925 96 94 96 99 73007 (3000) 36 97 251 331 39 68 77 400 49 65 608 49 52 652 59 721 83 905 (300) 44 91 74016 74 78 253 72 (1500) 550 (300) 84 448 83 589 (1500) 628 94 713 (550) 55 86 810 996 75037 108 64 88 294 (300) 15 53 312 42 57 (3000) 446 538 74 48 739 846 (3000) 992 (3000) 97 98 76040 112 203 65 (300) 66 70 61 73 82 604 707 29 99 848 68 905 77014 124 32 76 (3000) 261 330 444 (300) 71 556 78 653 75 725 53 86 90 820 29 60 72 78005 65 123 31 56 57 79 (3000) 254 81 305 33 50 (550) 98 411 29 524 29 39 (3000) 626 29 33 37 47 763 816 41 931 50 73 79076 177 440 (1500) 563 63 76 (550) 623 49 52 91 787 (3000) 311 882 (3000) 933 80031 71 234 44 49 (550) 329 35 (6000) 77 96 (1500) 401 47 608 955 (300) 81119 (550) 29 47 57 258 64 (3000) 355 76 85 40 677 (3000) 835 (300) 88 82032 66 173 238 73 321 41 60 83 413 525 29 35 617 23 72 (1500) 94 728 80 89 800 (3000) 54 81 902 3 800 11 86 83009 10 14 (300) 289 338 476 (3000) 95 502 26 (3000) 52 75 94 662 706 (3000) 22 843 807 50 61 63 84048 75 107 8 225 388 92 413 77 518 (3000) 24 28 58 72 633 749 834 911 60 85031 (3000) 271 97 312 14 (1500) 82 628 (3000) 57 (3000) 92 94 800 (300) 4 919 31 48 86033 106 253 444 47 66 71 521 (550) 41 59 74 80 82 766 (1500) 820 78 87031 44 (3000) 75 147 87 359 427 558 61 67 635 40 743 95 (3000) 851 901 6 (550) 65 66 88052 71 113 221 23 210 83 325 420 41 65 68 502 (1500) 19 653 99 800 94 920 48 57 89021 59 61 114 92 378 (1500) 471 87 509 603 779 80 818 19 23 (3000) 71 920 98 90007 (550) 16 69 95 169 53 (550) 76 210 32 46 92 (3000) 807 91 85 438 62 78 (3000) 505 600 19 (3000) 710 32 (550) 88 865 84 91010 (150) 74 110 54 66 67 (3000) 208 (3000) 93 330 35 29 408 (550) 23 63 68 65 82 814 40 68 909 64 71 89 92020 (3000) 64 201 (1500) 24 46 89 327 35 73 422 96 80 86 828 (3000) 58 86 652 67 733 (550) 62 89 811 943 82 96 93014 (600) 83 117 37 52 255 58 338 55 77 489 6 (3000) 84 598 629 (3000) 700 830 32 (1500) 926 94003 45 73 125 30 48 91 (1500) 221 42 48 308 (550) 35 64 83 70 (550) 89 427 61 615 70 874 962 77 (300)

Verzeugen, welche in einer Minute 3000—4000 Umdrehungen machen. Betrachtet man sich eine im Gange befindliche Maschine so glaubt man, sie steht still, und gerade diese Arbeiter, welche eine Verlängerung der Arbeitszeit voriges Jahr herbei zu führen wünschten, um den Arbeiter mit mehr Ruhe und Ueberlegung seinen gefährlichen Beruf nachgehen zu lassen, sind von den Arbeitgebern mit einer verschärfen Betriebsordnung als Weichhalsig bezeichnet worden, so daß auch endlich die Indifferente einsehen mußten, daß eine Verbindung sein muß, um so schwere Lage in unserem gefahr- und oft todtbringenden Beruf zu mildern, und zwar so, daß Zufriedenheit und Ruhe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder stattfinden kann. Am Sonntag Vormittag 11 Uhr findet Statutenberatung statt und wird um zahlreichen Besuch gebeten.

123 55 78 277 (300) 397 412 (3000) 74 92 509 41 98 (1500) 639 (3000) 724 (6000) 35 815 33 59 81 957 (3000) 62 75 48909 19 113 32 291 477 590 601 11 (3000) 62 (3000) 63 (3000) 96 708 811 13 41 43 99 936 49009 115 (500) 283 (300) 84 345 57 533 (1500) 44 70 71 81 85 753 858 (300) 84 903 10 32 52 (1500)

Theater.

Königliches Oberhaus:
Heute: Marie, oder die Tochter des Regiments.
Morgen: Keine Vorstellung.

Königliches Schauspielhaus:
Heute: Maria Stuart.
Morgen: Ein Sommernachtstraum.

Deutsches Theater:
Heute: Der Weg zum Vergehn.
Morgen: Romeo und Julia.

Bellevue-Theater:
Heute: Hotel Blancmignon.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Neues Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:
Heute: Gasparone.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater:
Heute: Alte Jakobstraße 30. Direktor: W. Ernst.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Reichens-Theater:
Direktion Anton Anna.
Heute: Die Heilands-Invaliden. Hierauf: Die Schulkreiterin.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Walthalla-Operetten-Theater:
Heute: Der Feldprediger.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Reichenhaldisches Theater:
Heute: Erstes Gastspiel des berühmten Antispirituisten und Gedankenfleiers Hr. James Conridge. Vorher: Papa Kiebusch.
Morgen: König Lear.

Opern-Theater:
Heute: Im Lande der Freiheit.
Morgen: Die Schulkreiterin.

Wallner-Theater:
Heute: Der Registrator auf Reisen.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Victoria-Theater:
Heute: Sullurina.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alhambra-Theater.
Heute: 300 000 Mark.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Unserm Rauchklub-Mitgliede Ferdinand Kaiser zu seinem dreißigsten Wogenfeste ein donnerndes Hurrah! Daß ganz Breschburg bis Gaffhof „Sum Fick“ einen galoppirenden Walzer tanzt nach der Melodie:
: Ob sie sich wollt wat merken lött. :
J. A. F. S. W.

Arbeitsmarkt.
Ein Mädchen von 12—14 Jahren wird für den Nachmittag zur Wartung bei einem kleinen Kinde gesucht. Eisenbahnstraße Nr. 29, vorn III. Schmidt. 215

Am 15. Februar eröffne ich ein zweites 204

Filz- und Seidenhut-Geschäft
Brückenstraße 16, Eckhaus der Köpnickstraße, unter Leitung meines Bruders

Gustav Ad. Kehr.
Alle Freunde und Bekannte bitte ich, bei Bedarf mich zu unterstützen.

Für Gesangsfreunde.
Stimmbegabte Herren, besonders zweite Bässe, werden jeden Montag, Abends von 9—11 Uhr, im Lokal des Herrn Löbtenberg, Oranien-Strasse Nr. 97, freundlichst aufgenommen. 207

Roh-Tabak.
Größte Auswahl sämtlicher in- und ausländischer Sorten, sowie guten

Sumatra-Schnitt
zu billigsten Preisen
Brunnen-Strasse 141/142,
Gebr. Franck.
Freundl. Schloßstelle für 2 Personen, sep. Eing., zu vermieten. Näheres Nr. 47, vorn II. L. Hehlenbock. 203

Kleine und große Vereinszimmer
auch Sonntags zu haben. Mauerstraße 86. (1904)

Für Kürschner und Berufsgenossen
befindet sich der Arbeits-Nachweis Abends von 8 bis 10 Uhr bei Seefeld, Grenadierstraße 33.

Die Aufnahme neuer Mitglieder in die **Zentrumskranken- und Begräbnis-Kasse für Frauen** (fr. S. Offenbach a. R.)
findet von jetzt ab nur Andreaskir. 20, Hof v. 3 Tr. statt und zwar Mittags von 8 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends, Sonntags von 8 bis 3 Uhr.

Im Auftrage: Richter

Für pünktlichen Beforgung des „Berliner Volksblatt“ wie sämtlicher anderer Zeitungen empfiehlt sich
Frau Rosentreter, Gr. Frankfurterstr. 33.

Roh-Tabak!!
Preiswerthe Sumatra-Decken, wie Umbrella- und Einlage-Tabak, empfehlen
Bergemann & Donisch, C., Alexanderstr. 10.

Die Nr. 13 der humoristischen Blätter
„Der wahre Jacob“
ist erschienen und in der Erwed. d. „Berl. Volksbl.“ zu haben.

Franz Rohleders's Bureau
für Arbeiter-Angelegenheiten, Statist. Reuhansen (Münster) wird ab 1. Februar a. c. wieder eröffnet.
Einfachen Anfragen beliebe man 100 Hg. in Marken beizulegen.

Sämtliche deutsche
Arbeiter-Fachvereine
wollen umgehend
Namen, Mitgliederzahl, Vorstands-Adressen mittheilen an
Fr. Rohleder's Bureau
Reuhansen-Münster.

en gros. GEBRÜDER LAMM en detail.

Oranienstrasse No. 64.

Geschäfts-Eröffnung.

Von heute ab befindet sich unser **Leinen-Waaren, Wäsche, Kleiderstoff- und Konfektions-Geschäft** nur **Oranienstrasse Nr. 64**

Verantwortlicher Redakteur H. Gronheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Deutzhofstr. 2. Hierzu eine Beilage.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

30. Sitzung vom 31. Januar, 11 Uhr.

Am Tische des Bundesrates v. Boetticher, v. Puttkamer und Kommissarien.

(Wegen Raumangel bringen wir die Fortsetzung der Debatte über die Ausdehnung der Unfallversicherung in der nächsten Nummer unseres Blattes.)

Es folgt die Beratung der Darlegung über die von der preussischen und der hamburgischen Regierung auf Grund des § 28 des Sozialistengesetzes getroffenen Anordnungen.

Abg. Singer (Soz.): Die verkündeten Regierungen haben die Neufassung der Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin, Hamburg und Altona aus der Gesamtlage der sozialdemokratischen Partei hergeleitet gesucht.

Nun aber selbst der begeisterte Anhänger der Ausnahmegesetzgebung zugeben, daß die den verkündeten Regierungen eingehenden Vollmachten ihre Berechtigung verlieren müssen aus dem Umstand, daß in diesen Verhängen Dinge vorhanden sind, welche die Anordnung von so außerordentlichen Maßregeln erforderlich machen.

Wenn jetzt also die Verhängung des Belagerungszustandes mit der Haltung der sozialdemokratischen Partei hier im Lande und im Auslande gerechtfertigt wird, so macht das auf mich den Eindruck, als ob die Schwäche des Reichs überhaupt verdeckt werden sollte; denn ein innerer Zusammenhang zwischen dieser Haltung der Partei und jener Maßregel besteht nicht.

Die Regierung sagt ferner, daß das Auftreten der Partei unter dem Einfluß des Ausnahmegesetzes eine Möglichkeit erfahren und die Taktik derselben sich verändert habe. Aber wer aufmerksam den Vorgängen in unserer Partei gefolgt ist, muß das Eine unbedingt zugeben, daß sich bei uns nichts geändert hat, weder in der Taktik noch in dem Programm.

Herr v. Köller wird sich der Beschlüsse des Reichstages erinnern, wo er das sozialdemokratische Programm zum Vortrag brachte, und der freudigen Zustimmung, mit welcher die anwesenden Sozialdemokraten der Darlegung gefolgt sind.

Das würde gewiß nicht der Fall gewesen sein, wenn sich etwas an unserm Programm geändert hätte. Geändert hat sich nur die Stellung der Regierungen und des Herrn Reichskanzlers gegenüber der Sozialdemokratie.

Wir haben einen schlagenden Beweis für diese Behauptung in der Rede desselben gelegentlich des Diktandenantrags. Damals er von dem berechtigten Kern der Forderungen der Sozialdemokratie, er diskutiere den Wunsch nach einer Verneuerung der Reichsverfassung aus, um kennen zu lernen, was dieselben leisten vermögen.

Diesem Wunsche sind wir nachgekommen. Wir haben ihm klar und deutlich aufeinandergelegt, welche Forderungen wir an das Reich und die Gesellschaft haben. Und dieselben einmal erfüllt, so werden wir auf dieser Grundlage weiterbauend bald andere Forderungen zu stellen in der Lage sein.

Der Herr Reichskanzler hat mit voller Berechtigung — und ich freue mich darüber, daß er es gethan hat — erklärt, die Sozialdemokraten seien die Urheber seiner Sozialpolitik. Als ich aber in einer Berliner Versammlung dieselbe ausgesprochen, nämlich, daß die Forderungen der Sozialdemokratie auch in Regierungskreisen als berechtigt anerkannt würden, da wurde die Versammlung aufgelöst.

Das geschah also nur, weil ich es ausgesprochen hatte. Der Ausfall der Wahlen gibt in den besten Beweis für die Wirkungslosigkeit des Sozialistengesetzes und des über verschiedene Bezirke verhängten Belagerungszustandes.

Von den 9 Bezirken, die die Sozialdemokratie am 28. Oktober gleich beim ersten Versuch eroberte, konnten fünf auf Belagerungszustände, nämlich die Wahlkreise Berlin IV, Hamburg I und II, Altona und Leipzig-Land, in Berlin VI fehlten uns ja nur wenige Stimmen an der absoluten Majorität, so daß auch dieser Wahlkreis als sofort von uns erobert gelten konnte.

Unsere Partei hat also gerade in den Bezirken des kleinsten Belagerungszustandes am meisten zugenommen. Nach der Behauptung der Regierung befreit sich der anarchisch gefärbte Theil der Sozialdemokratie gar nicht an den Wahlen, aber die verkündeten Regierungen hätten auch uns gegenüber an dem auch vom Bundesratshaus ausgesprochenen parlamentarischen Grundsatze festhalten müssen, keinem Redner andere Motive unterzuschreiben, als er selbst ausspricht, und unteren Beschränkungen glauben müssen, daß wir mit den Anarchisten keinen Zusammenhang haben.

Wollten Sie aber uns nicht glauben, dann hätten doch die Herren, deren Aufgabe es ist, die anarchischen Blätter zu lesen, bei der Lektüre gefunden, daß in den anarchischen Blättern Niemand bestiger angegriffen wird, als wir Sozialdemokraten.

Wie die Regierung also noch weiter von einer anarchischen Gruppe der Sozialdemokratie sprechen kann, ist mir unfaßbar. Der Fall Reichskanzler, der leibhaftig in Leipzig gespielt hat, beweist doch klar, daß meine Behauptung, daß wir mit den Anarchisten in keinem Zusammenhang stehen, vollständig berechtigt ist.

Seine Herren, wie belagert diese Vorgänge seitens der anarchischen Partei ebenso tief und aufrichtig wie irgend eine andere Partei in diesem Hause. Wir haben wiederholt erklärt, und ich thue das hiermit ebenfalls wieder: wir weisen dem Versuch der Konservativen und Nationalliberalen Prese, die Anarchisten uns an die Kehle zu hängen, zurück. Wir wissen aber, daß die vielgerühmte erhebliche Wirkung, die Sie mit dem Ausnahmegesetz erreichen wollten, die ist, die sich in den anarchischen Attentaten zeigt.

Das ist die Wirkung des Sozialistengesetzes. Die verkündeten Regierungen und durch sie vielleicht die Polizei fördern den Anarchismus und machen ihn groß, daß sie an die Stelle, die sie als am meisten vom Anarchismus durchsetzt bezeichnet, ihre Polizei hinschicken, um dort Anarchisten zu machen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das beweist eine Gerichtsverhandlung in der Schweiz. Die schweizer Richter haben sich vielleicht von ihrem demokratisch-republikanischen Gefühl leiten lassen, denjenigen, der sich in jenem Anarchistenprozeß als der desabsteigende preussische Polizeispion entpuppt hat, mit dem doppelten Strafmaß zu belegen. Ferner ist festgestellt, daß Polizeiangen in Zürich prächtigende Reden halten — in der Weise ein Mensch Namens Friedmann aufgetreten —, daß zwei Leute, Wolff und Rumann mit Namen, für die „Freiheit“, also für das von der Regierung selbst als Motio für die Nothwendigkeit der Verhängung des Belagerungszustandes angeführte Blatt, im Auftrage der Polizei schreiben und es verbreiten.

Ich beziehe mich für diese meine Auffassung von bezahlten Polizeiangen auf einen Zeugen, der auch in Ihren Augen der Majorität nicht entbehren wird. Der Herr Reichskanzler selbst hat, als er noch Gesandter beim Bundesstag war, sich über die Thätigkeit der Geheimpolizei in einem Schreiben vom 15. August 1852 folgendermaßen geäußert: „Indessen hat auf Grund leitender Polizeiberichte, ich weiß nicht, von wem, über den Geist des preussischen Militärs hier am Ort durch Se. Majestät und das Kriegsministerium hier Anfragen und Erinnerungen veranlaßt, die das Offizierskorps mit Recht verletz haben, und leider hält nun die Geandtschaft nach Bielefeld für die Urheberin davon. Die Polizeiangen aus Mangel an Stoff lügen und übertreiben unverantwortlich.“

Und in einem Briefe vom 25. Januar 1854 heißt es: „Der unangenehmste Bundesgenosse unserer Geaner ist der weitestgehende Egoismus unserer Polizeibeamten, Verschönerungen zu entdecken, und die Resultate dieser Bemühungen seien, die beabsichtigten und verhinderten Verbrechen in einer Weise aufzuzählen, daß man den eingeschüchternen Gemüthern in bengalischem Feuer eines ununterbrechenden Reiters der Krone und der Gesellschaft aus haarsträubenden Gefahren erscheint.“

Das war früher die Meinung des Herrn Reichskanzlers; ich hoffe, daß er sie noch jetzt haben wird, und wünsche nur, daß seine Organe sie vertreten. Die Denkschrift behauptet ferner, daß die sozialdemokratische Partei in Berlin anlässlich der kommunalen Wahlen eine Agitation eingeleitet hat, und daß dabei die ganze Stadt mit einem sogenannten Netz von Arbeitervereinen überzogen worden ist, die aber thatsächlich demokratische Tendenzen haben.

Als einer der Vertreter von Berlin darf ich diese Ausführung wohl näher berühren. Bei den kommunalen Wahlen in Berlin brach sich unter der arbeitenden Bevölkerung die Auffassung Bahn, daß es dem Interesse der Arbeiter entspreche, sich an diesen Wahlen zu betheiligen.

Ich muß der Regierung vollständig darin Recht geben: etwas Regales ist doch kaum zu denken. Doch nun die Arbeiterpartei noch einigen Erfolgen bei den kommunalen Wahlen auf diesem Boden weitere Erfolge erlangen zu können hofft — Sie wissen ja, der Appetit kommt beim Essen —, und daß man zu dem Zweck eine Vereinsorganisation ins Leben gerufen hat, das werden alle verstehen und gerechtfertigt finden, die da wissen, auf welche Weise es notwendig ist, seine Ueberzeugungen in größere Massen hineinzugetragen, und daß man, um etwas zu erreichen, überhaupt organisiert muß.

Und nun wird für die verkündeten Regierungen der Umstand, daß sich Arbeitervereine gebildet haben, deren Bestrebungen auf gesetzlichem Wege nicht zu hindern, deren Ziele und Zwecke durch die Statuten genau festgesetzt und zur Kenntniß der Polizeibehörde gekommen sind, zur Auforderung, die Verlängerung des Belagerungszustandes über Berlin zu beschließen.

Da ist ein Widerspruch, der jeder inneren Berechtigung vollkommen entbehrt. Die Regierung behauptet, daß die Blätter der Anarchisten deutscher Bunde, „Freiheit“ und „Rebell“, in größeren Mengen in Berlin verbreitet werden. Aber ich kann folgendes beweisen, was die Regierungen, glaube ich, selbst wissen: die „Freiheit“ kommt kaum in 100 Exemplaren hierher.

Ich glaube kaum zu viel zu behaupten, daß die einzigen Leser der Blätter auf den verschiedenen Polizeipräsidien sind, die da meinen, einen Zusammenhang zwischen Anarchisten und Sozialdemokratie herausfinden zu müssen. Der „Rebell“ aber erich seit Jahr und Tag überhaupt nicht mehr. In der Denkschrift wird dann behauptet, daß, nachdem man in Folge des gemäßigteren Auftretens der Sozialdemokratie bei den Wahlen die Bügel etwas lockere gelassen, sofort eine Agitation Platz gegriffen habe, die in ganz bedenklicher Weise die öffentliche Sicherheit und Ruhe gestört habe.

Es habe Jemand aufgefordert, in die Kleiderläden zu gehen und neue Anzüge zu holen. Ein Redner habe gesagt, jetzt würde in den Schulen das Bewußtsein der Standesunterschiede in den Kindern wachgerufen und dieselben würden gelehrt, wie die Völker sich auf Kommando ihrer Machthaber gegenseitig zu vernichten hätten.

Warum ist denn von den Rednern, die in so bedenklicher Weise aufgereizt haben, auch nicht ein einziger verhaftet oder in den Anlagenzustand versetzt worden? Wo haben denn die Polizeibeamten ihre Augen, wenn bei ihrer Anwesenheit dergleichen Dinge gesprochen werden können, die geradezu eine Aufforderung zum Verbrechen sind? Es macht einen eigenthümlichen Eindruck, wenn diese Dinge, die sich direkt unter den Augen der Polizei, ohne daß dieselbe eine Milderung schafft, abspielen, hier als Rechtfertigung für die weitere Verlängerung so einschneidender Maßregeln geführt werden.

Eine der Auflosungen von Versammlungen, auf welche die Denkschrift weiter sich bezieht, hat deswegen stattgefunden, weil ich, nachdem ich über die Stellung der Regierung im Allgemeinen gesprochen, die Worte gebraucht: eine Reihe anderer wirtschaftlicher Fragen zu fördern, wird im nächsten Reichstage eine ganz besondere Aufgabe der Vertreter der Arbeiter sein.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine andere Versammlung wurde, als jemand daran erinnerte, daß man durch die Denunziation, man sei Sozialdemokrat, von Weib und Kind gerufen werden könne, sofort aufgelöst.

Ein anderes Mal fand die Auflösung statt, weil ein Redner dahin zu wirken aufforderte, daß der Kandidat der Arbeiterpartei anstatt mit 24 000 mit 30 000 Stimmen aus der Urne hervorgehe. (Hört! hört! Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Einmal wurde eine Versammlung aufgelöst, weil davon gesprochen wurde, daß, wenn die Arbeiter in ihrer Majorität politisch indifferent wären und sich nicht organisirten, um eine bessere soziale Lage herbeizuführen, die Zahl der Proletarier jedenfalls eine noch viel größere sein würde.

Damit aber dieser ersten Frage auch der Humor nicht fehle, möchte ich von einer Auflösung Ihnen mittheilen, die der überwachende Beamte mit den Worten motivirt, daß ihm nun der Spatz schon lange genug gedauert habe. (Heiterkeit.) Die Proxiz bei diesen Verböten von Versammlungen ist eine ganz eigenthümliche. Ich kann auch in diesem Falle auf mich exemplifizieren.

Während man in der einen Hälfte meines Wahlkreises — ich darf von diesem Wahlkreise mit größerem Recht das Beiwort „mein“ gebrauchen, als einer der Herren, der ein solches Recht landstritt hatie — Versammlungen, die regelrecht angemeldet worden, gestattet, hat man demselben Anmelder und demselben Referenten in dem anderen Theile des Wahlkreises die Versammlungen nicht erlaubt, vielleicht, weil man geglaubt hat, daß in dieser Gegend die Stimmung für die konservative Sache besser sei.

Wer hier in Berlin sozialdemokratischen Versammlungen beigewohnt hat, der wird mir, mag er einer Partei angehören, welcher er wolle, bestätigen müssen, daß es in denselben mit Ruhe und Anstand hergegangen ist, und diese Versammlungen werden nun als so ungeheuer staatsgefährlich hingestellt. Nun möchte ich hinweisen auf die von anderen Parteien gehaltenen Versammlungen, wie die in Ebing, wo Konservative gegen Konservatives ihre Meinung gegenseitig zum Ausdruck bringen wollten, wo sie berathen wollten, wen sie aus ihren Reihen für den besten Vertreter im Reichstage hielten.

In dieser in Ebing abgehaltenen konservativen Versammlung mußte der Aufrubrparagroph verlesen werden, es mußte sogar Militär requirirt werden, aber der kleine Belagerungszustand ist über Ebing noch nicht verhängt worden, wahrscheinlich weil ein Herr v. Puttkamer dabei betheiligt war.

Ferner hatten wir in Berlin eine Reihe von Versammlungen gehabt, die, obwohl nicht von unserer Partei berufen oder etwa von uns gestört, doch die Anwendung des Sozialistengesetzes hätten nothwendig machen müssen. Wenn in konservativen Versammlungen aufgefördert wurde, es masse sich in andere Versammlungen zu begeben, um deren Verganügen zu fördern, so war das einfach eine Aufforderung zum Bürgerkrieg.

Was ist es denn anders, wenn in einer konservativen Versammlung, die zu dem Zwecke einberufen war, dem Reichskanzler die Entrüstung über den Reichstagsbeschluss vom 15. Dezember auszusprechen, es offen bedauert wurde, daß der Abg. von Vollmar und der Abg. Richter nicht an einem Strick aufgehängt worden sind? Hier wäre doch das Einschreiten der Behörden am Platze gewesen.

Dem gegenüber betrachten Sie doch die Sozialdemokraten, welche Ruhe in den Versammlungen geübt hat, und wie sie auch gegnerischen Ansichten Gehör schenkt hat. Nun bin ich noch in der Lage, über die Versammlung zu berichten, auf Grund deren der Stadtverordnete Ewald ausgewiesen wurde, wobei ich mich durchaus auf Augen- und Ohrenzeugen stütze. Es handelt sich um eine Versammlung, in der das Wahlergebnis proklamirt werden sollte. Es ist erklärlich, daß der Saal bei dem Interesse, das unsere Partei an allen öffentlichen Dingen nimmt, vollständig gefüllt war, und es war Aufgabe der dazu bestellten Ordner, die polizeilichen Anordnungen zur Durchführung zu bringen.

Die Zusammenstellung des Wahlergebnisses dauerte etwas längere Zeit, und entstand dieser Unruhe, die erklärlich ist beim Zusammenströmen von vielen Tausenden ohne Beschäftigung. Da wandte sich der in jener Versammlung anwesende Abg. Auer an den überwachenden Beamten mit der Frage, ob es nicht besser sei, der Versammlung mitzutheilen, daß das Wahlergebnis noch nicht festgesetzt sei, und sie zur Ruhe aufzufordern.

Der Beamte gab dazu seine Erlaubnis. Als aber Abg. Auer das Wort zur Geschäftsordnung erhielt, um diese Mittheilung zu machen, da wurde die Versammlung auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes aufgelöst. Nun denken Sie sich die Situation, ein dichtgedrängtes Lokal, eine Anzahl von Leuten in der ekkalischen Erregung, das Resultat dessen, was sie den Tag über durchgeführt, zu erfahren, eine solche Versammlung in der Weise provokatorisch aufgelöst — da kann man doch nur den höchsten Grad von Bewunderung über die Mäßigung aussprechen, die in jener Versammlung geübt hat.

Es war gerade der Stadtverordnete Ewald, der dem überwachenden Beamten den Ausweg durch die Menge bahnte, es waren die Mitglieder des Bureau sowohl wie die anwesenden Reichstagsabgeordneten und der Vorsitzende Ewald, die den Beamten schützten vor der Mißbilligung, die sich in etwas nachdrücklicher Weise geltend machen wollte, und zum Dank dafür, daß der Stadtverordnete Ewald seine Person eingesetzt hat, dem Vertreter des Gesetzes und der Ordnung Hilfe zu schaffen, wird er am nächsten Tage aus Berlin ausgewiesen, weil angeblich in jener Versammlung ein Angriff gegen die Polizeibeamten gemacht sein sollte.

Das sind Gründe, für die man in Berlin ausgewiesen wird! Was die Rechtfertigungsschrift über die Organisation, die Verbreitung verbotener Schriften und Versammlungen bemerkt, stellt nichts weiter klar, als die vollständige Nutzlosigkeit der ganzen Gesetzgebung. In derselben wird bemerkt, daß in Berlin der Boden für bedenkliche Störungen der Ruhe und öffentlichen Sicherheit bereits vorbereitet sei.

Wenn das der Fall wäre, was ich auf das Entschiedenste bestreite, so darf nicht oft genug ausgesprochen werden, daß nur die Ausnahmegesetzgebung Derartiges möglich macht. Ich kann mich für diese meine Auffassung auf einen Reugen berufen, den Sie gewiß akzeptiren werden. Graf v. Rolffe sagt in seinem Buche über die Polen in Betreff der Ausnahmegesetze: „Vielleicht liegt es in dem Charakter dieses Volkes so sehr als im politischen, seinen Unmuth in Reben vertrauen zu lassen. Als nun aber eine übertriebene strenge Zensur jeden gesarteten Gedanken, und zahlreiche Agenten der Polizei jede Rede bewachen, als die Polen sich von Spionen überall umgeben haben oder umgeben glauben, da drängt man sie recht eigentlich auf geheime Einverständnisse hin, und weil sie selbst das Unschuldige nicht öffentlich äußern durften, so thaten sie das Schuldige inheim.“

Diese Auffassung des Grafen Rolffe trifft noch heute zu. Menschlich erklärlich ist es, daß Leute, die im Bewußtsein ihres Rechtes und ihrer staatsbürgerlichen Pflicht sich zur Mitwirkung an öffentlichen Leben organisiren, der Möglichkeit beraubt, dies öffentlich zu thun, im Geheimen diese Dinge berathen. Das Eine steht fest, daß trotz aller Bedrückungen die sozialdemokratische Idee sich stetig behauptet.

Die 600 000 Stimmen, die bei den letzten Wahlen für die Sozialdemokratie abgegeben sind, sprechen deutlich dafür, und diese Stimmen werden sich in nicht zu langer Zeit verdoppeln. Wir könnten uns deshalb die Dinge gefallen lassen, wenn es nur unser Wunsch wäre, möglichst zahlreich hier vertreten zu sein. Aber das ist unser Standpunkt nicht. Wir werden stets eine Gesetzgebung bekämpfen, welche ihre Spitze gegen hunderttausende von braven, fleißigen Mitbürgern richtet, deren Leben und Blut das Vaterland verlangt, wenn es sich in Noth befindet, eine Gesetzgebung gegen Personen, deren fleißigen Händen der Wohlstand des Handels, der Industrie, des Handwerks verdankt wird. Wir werden, soweit unsere Kräfte reichen, nicht gestatten, daß sie weiter zu unserer Stellung zur Ausnahme-Gesetzgebung, und die Regierungen und der Herr Reichskanzler sollten endlich einsehen, daß ihre sozialreformatorischen Pläne in einem ganz sonderbaren Lichte erscheinen müssen. Die Arbeiter können kein Vertrauen zu einer Regierung haben, welche in der einen Hand schöne Versprechungen bringt und in der anderen die Geißel eines namenlosen Elend verbreitenden Ausnahmegesetzes schwingt.

Es ist mit der vollen Freiheit der Diskussion, mit der vollen Berechtigung in die Verhältnisse einzugreifen, kann sich das Vertrauen finden, daß die sozialreformatorischen Vorschläge der Regierung eines thatsächlichen Hintergrundes nicht entbehren. Sollen also die Zustände, welche die Denkschrift beklagt, beseitigt werden, so muß vor Allem das Ausnahmegesetz abgeschafft werden. Mit kurzen Worten möchte ich noch des Standpunktes der anderen Parteien Erwähnung thun. Die Verlängerung des Sozialistengesetzes hat doch etwas zeitig, was in diesem Augenblicke nicht unausgesprochen bleiben darf.

Sene Abkommandirten aus der deutsch-freistämmigen Partei sind ebenso verantwortlich zu machen für die Zustände, die sich unter der Herrschaft dieses Gesetzes entwickelt haben, wie die Konservativen und Nationalliberalen, deren begeisterter Zustimmung dieses Gesetz sich ja von vornherein erfreut hat. Wir sind überzeugt, daß jeder denkende Mensch sich herte mit der Sozialdemokratie abzufinden hat, wir wissen, daß jeder denkende Mensch sagen muß: das, was sie will, ist berechtigt und muß eingeführt werden, wenn nicht Zustände sich entwickeln sollen, die wir alle gleichmäßig zu beklagen und zu fürchten haben. Meine Herren, wir haben Anläge zu der vorliegenden Denkschrift für heute nicht zu stellen, wir wissen, daß die vernünftigste Kritik derselben in den thatsächlichen Verhältnissen derjenigen Bezirke liegt, über die die Maßregel verhängt ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Minister des Innern v. Puttkamer: Meine Herren, ich knüpfte an eine der Schlussfolgerungen des Herrn Vorredners an. Er sagte unter lebhafter Schilderung der Verhältnisse, welche seiner Meinung nach die Folgen des von ihm so lebhaft angegriffenen Gesetzes seien, daß seine Partei sich die weitere Entwicklung der Verhältnisse auf dem Boden dieses Gesetzes ja sehr gefallen lassen könne; seiner Meinung

nach habe das eigentliche Interesse bei der Befestigung der Ausnahmeregeln und bei dem Verzicht auf dieselbe die Regierung. Meine Herren, ich stehe diesem Akt gegenüber gar nicht in einem so diametralen und unversöhnlichen Gegensatz. Gewiß, die Regierung hat ein Interesse an der Befestigung dieser Gesetze und sie wünscht lebhaft die Möglichkeit herbei, auf sie vorzugehen zu können. Schaffen Sie nur erst, meine Herren, den tatsächlichen Boden für die Möglichkeit eines solchen Verzichts, dann wird sich der Horizont für Sie in größerem Maße aufklären, wie das bisher möglich gewesen ist. Der Herr Redner hat seine Argumentation gegen die Begründung des Belagerungszustandes eigentlich in dem Satz konstruiert, daß er sagte: die Regierung darf sich nicht auf die allgemeine Lage der Dinge innerhalb des ganzen Gebiets des deutschen Reichs zur Motivierung ihrer Maßregel berufen; sondern sie muß nachweisen, daß in den betreffenden Bezirken, die von der Ausnahmemaßregel des § 28 getroffen sind und anscheinend einstellend noch getroffen bleiben, diese Notwendigkeit vorliegt. Meine Herren, diese Auffassung ist nur mit einer großen Einschränkung zu akzeptieren. Wenn überhaupt — und darüber streiten wir ja heute noch nicht; wenigstens ich kann das von meinem Standpunkte aus nicht akzeptieren, — wenn überhaupt nach der Gesamtlage der Verhältnisse des öffentlichen Lebens in Deutschland die Möglichkeit eines Verzichts auf das Gesetz vom Oktober 1878 noch nicht gekommen ist, wenn die Regierungen noch der Meinung sind, daß die außerordentlichen Vollmachten, die durch die Vertreter der Nation in dieser Beziehung ihnen in die Hand gelegt worden sind, noch nicht entbehrt werden können, — dann folgt von selbst nicht nur die Möglichkeit, sondern die Pflicht der Regierungen, zu erwägen, in welchen Hauptzentren sich die Gefahren, um deren Vorbeugung und Befestigung es sich in diesem Gesetze handelt, derzeit verdichten und in Folge der Größe der Interessen, die hier zu vertreten sind, vermehren, daß die Notwendigkeit der über das gewöhnliche Maß hinausgehenden Vollmachten, welche § 28 an die Hand giebt, noch vorliegt, und dies, meine Herren, ist der ganze Inhalt — wenn Sie wollen — der Motivierung, welche in der Denkschrift enthalten ist. Wir können nicht anerkennen, daß die besonderen Schutzmaßnahmen, welche der § 28 an die Hand giebt, in Berlin und den Orten, in denen sie überhaupt ausgedehnt noch verhängt sind, bereits entbehrlich wären. Nun wird man mir allerdings einwenden können: das Gesetz hat die Sozialdemokratie nicht in ihrer Macht und in ihrer Kraftentwicklung schwächen können. Ja, meine Herren, ich habe in dieser Beziehung schon in früheren Verhandlungen Veranlassung nehmen müssen, jene Motive richtig zu stellen, auf welchen überhaupt diese ganze Gesetzgebung beruht. Ich verweise die Herren auf die bei der ersten Vorlage des Gesetzesentwurfs gegebene Begründung, in welcher ausdrücklich bekundet wird, daß daran überhaupt nicht gedacht werden könne, die Existenz der Sozialdemokratie überhaupt auszulöschen oder sie in die engsten Grenzen zurückzuführen, sondern daß das Gesetz nur die Tendenz haben könne, eisen, wenn möglich, sie auch dem Umfang nach einzudämmen, vor allen Dingen aber den Versuch zu machen, diejenigen Schichten der Bevölkerung, welche ihrer ganzen Bildungsstufe und wirtschaftlichen Lage nach am meisten den Verführungen revolutionärer Agitatoren ausgesetzt sind, von diesen Einflüssen zu emanzipieren und sie vor dem Gifte zu retten, welches entschieden durch die sozialdemokratische Agitation in ihre Reihen getragen wird. Und, meine Herren, daß dies in einem hohen Grade erreicht ist, das ist meiner Ansicht nach ganz unzweifelhaft und notorisch, und ich behaupte, daß gerade die Haltung der parlamentarischen Sozialdemokratie, wenn ich sie so nennen darf, hiervon den allerdeutlichsten Beweis und hierzu in allen vorliegenden Fällen liefert. Hier möchte ich zurückkommen auf ein Wort, welches der Herr Vorredner allerdings nur so ganz andeutungsweise und beläufig fallen ließ; er sprach mit einer gewissen Ironie von der so- und-äus-erziehlichen Wirkung dieses Gesetzes. Meine Herren, darin liegt gerade der Kern der Sache. Ich behaupte und glaube, daß die öffentliche Meinung mit darin beitreten wird, dieses Gesetz mit seinen, ich ja vollkommen anerkenne, drakonischen Bestimmungen hat allerdings, und zwar auf die Sozialdemokratie selbst einen erheblichen Einfluss geübt. Meine Herren, die deutsche Sozialdemokratie, wie sie sich heute darstellt, und wie wir sie kennen gelernt haben — die älteren Mitglieder dieses hohen Hauses, die auch an den früheren Sessionen Teil genommen haben, werden eine lebhaftige Erinnerung daran haben —, meine Herren, wenn man die Haltung von heute und die Haltung von damals — ich spreche so vom Anfang der sechziger Jahre — in diesem hohen Hause mit einander vergleicht, so wird man allerdings erstaunen über die große Veränderung, die in derselben vorgegangen ist. Nun, meine Herren, worauf beruht denn diese Veränderung? Der Herr Vorredner hat vorhin mit großer Emphase gesagt: weder unser Programm, noch unsere Haltung ist eine andere geworden. Das Programm, von dem wir bisher herlich wenig; denn wenn die Gesetzesvorlage, die Sie in den letzten Tagen eingebracht haben, Ihre ganze Weisheit ist, dann muß ich sagen, hätten Sie sich ruhig auf die Seite der Rechten setzen können, auf der alle die Sachen von Arbeiterschutz und dergleichen, die Ihrerseits gebracht werden, die vollste Sympathie haben. Daß Sie sogar noch das Anhängel gemacht haben mit den Arbeitern und der Bestimmung eines Minimalarbeitslohnes, das wird von Jedermann als eine solche Utopie erachtet werden, daß darüber die Diskussion nicht sehr ernsthaft wird gemeint sein können. Also ich sage, Ihr Programm — das ist ja gerade die Kunst einiger der Herren Chefs dieser Bewegung — Ihr Programm, wenn Sie überhaupt eins haben, verhalten Sie vor der Öffentlichkeit, und ich glaube auch, vor Ihren eigenen Wählern auf das Sorgfältigste. (Sehr richtig! rechts.) Denn wenn Sie es ganz und voll und unerschüttert der Nation zeigen würden, so würden Sie unter dem allgemeinen Widerwillen sofort zusammenbrechen (oh! links), ja, gewiß, und von der Bühne verschwinden. (Zuruf links.) Aber, meine Herren, was die Haltung betrifft, so widerspreche ich dem Herrn Vorredner darin, daß er beobachtet, sie sei unverändert. Ich habe ja schon eben nachgewiesen, daß das keineswegs der Fall ist, sondern daß wir eine sehr große Veränderung wahrnehmen, und wenn Sie fragen: worauf ist diese Veränderung zurückzuführen? so werde ich, natürlich nicht ohne Ihren Widerspruch, die Behauptung aufstellen dürfen, sie ist zurückzuführen wesentlich auf die Wirkung des Sozialistengesetzes. (Zuruf links: lächerlich! Zuruf rechts.) Meine Herren, dieses Gesetz hat Sie in die gesetzlichen Bahnen zurückgezwängt, Sie sind dazu gedrängt und gezwungen worden, sich in eine förmliche und in den Formen der bürgerlichen Gesellschaft bewegende Diskussion zurückzugeben, in welcher Ihnen keineswegs wohl war. Das, meine Herren, ist der Kern der Sache, und wenn wir auf diesem Wege fortschreiten, so halte ich es gar nicht für unmöglich, daß das, was wir jetzt Sozialdemokratie nennen, sich in einigen Jahren umwandeln wird in eine radikale Bourgeoispartei, vielleicht in den äußersten linken Flügel des jetzigen Freisinn. Dann werden die Herren zwar immer höchst unbequem sein; denn wir sind, das gebe ich zu, selbstverständlich in allen politischen Zielen diametral entgegengesetzter Meinung wie Sie. Aber Sie werden dann doch das Recht erworben haben, in die Reihe der diskutierenden und hier legitim vertretenen Parteien im Hause zurückzuführen, und glauben Sie nicht, daß das den verbündeten Regierungen irgendwie im Grunde zum Schmerz oder Druck gereichen wird. Die verbündeten Regierungen werden sich aufrichtig freuen, wenn mit ihnen einmal funditus alle diejenigen Probleme in aller Ruhe zu diskutieren, als deren Träger Sie sich hier aufstellen. Wenn Sie sagen, daß Sie die einzigen Vertreter der Interessen der Arbeiter sind, so hat sich schon durch die ganze Entwicklung unserer Gesetz-

gebung vollkommen deutlich gezeigt, daß Sie mit dieser Behauptung sich vollkommen im Irrtum befinden. Die verbündeten Regierungen mit ihren sozialreformatorischen Bestrebungen und Gesetzgebungsentwürfen, in deren Zustandekommen Ihnen Gott sei Dank der größte Teil der Nation folgt, sind es, welche das wahre Wohl des Arbeiters auf dem Herzen tragen, und Sie haben erst durch die That und in der Zukunft zu beweisen, daß dasjenige, was Sie behaupten, nämlich, daß Ihnen die legitime Führerschaft über die Arbeitermassen zukommt, in der That eine innere Verleumdung hat, was ich bisher noch in vollem Maße beweisen muß. Nun hat der Herr Vorredner gesagt, es wäre doch in der That zu hart, daß in dieser Denkschrift noch immer wieder die Rede sei von einem inneren Zusammenhange zwischen der sogenannten gemäßigten Sozialdemokratie und den Anarchisten. Ich habe schon bei früheren Gelegenheiten gesagt, meine Herren, diesen zweiseitigen Strom innerhalb der großen geistigen Bewegung, die Sie wesentlich vertreten, so kennzeichnen, und ich habe auch schon nachgewiesen, daß der Ausgangspunkt der beiden Parteien ein vollkommen gemeinschaftlicher ist, und daß nur die historische Entwicklung sie in zwei große — wie ich vollkommen anerkenne — in ihren tatsächlichen Bestrebungen sehr verschiedene Ströme geleitet hat. Ich behaupte nur das Eine: die parlamentarische Sozialdemokratie kämpft, wenn sie fortwährend diese Behauptungen aufstellt, nur mit halb offenem Bistur (oh! links): Sie haben ganz unzweifelhaft die Brücken, die sie an die wirkliche Sozialrevolution geknüpft haben, noch nicht hinter sich abgedrohen; — ich wäre in der Lage, Ihnen dafür die Beläge zu geben aus Ihrem eigenen Vortrage, das Sie als Ihren Rekonstruktoren anerkennen und für dessen Neuerungen Sie, wie Sie auch nie abgeleugnet haben, offiziell verantwortlich sind. Es sollte mich sehr freuen, wenn mehr und mehr dieser früher bestandene, und, wie ich glaube, noch nicht ganz verloren gegangene Zusammenhang in der That, in der Wahrheit, nicht bloß in den Äußerungen sich lösen sollte; aber so lange Sie in Ihrer Presse fortfahren, verhält und unterhält mit der Revolution zu drohen, so lange Sie die sozialreformatorischen Pläne der Regierung in der Person Seiner Majestät des Kaisers beleidigen, wie ich Ihnen nachweisen könnte, so lange die schrecklichen Ereignisse der neuesten Tage von Ihnen nur mit einem sehr starken Vorbehalt der Mißbilligung begleitet werden, so lange, muß ich sagen, wird es mir schwer — weiter will ich nicht gehen, — zu glauben, daß Sie mit vollem Bewußtsein bereits in der Lage sind, sagen zu können: wir sind eine wirklich reformatorische und keine revolutionäre Partei. Wenn Sie erst in der Lage sein werden, das nicht nur zu behaupten, sondern vor aller Welt, vor diesem Hause, vor der Nation und vor Ihrem eigenen Gewissen mit Kraft und Nachdruck nicht nur, sondern auch mit innerer Wahrheit bezeugen zu können, dann, meine Herren, werden wir anders mit ihnen reden können, wie wir das heute leider noch nicht in der Lage sind. Und nun, glaube ich, die Behauptung, meine Herren, die ich auch heute zu meinem Erstaunen aus den Äußerungen des Herrn Redners habe wieder hören müssen, der Anarchismus sei die Frucht nicht etwa der Sozialdemokratie, sondern des Sozialistengesetzes — (gewiß! links) — ja, das haben wir's wieder... (Geistlich rechts.) Meine Herren, vergißt man denn ganz die traurigen Ausgangspunkte der ganzen legislativen Bewegung, mit der wir es zu thun haben? — ich will an diese Sachen nicht weiter erinnern, — entfallen sich die Herren gar nicht mehr, daß Sie jedenfalls in der Vergangenheit in Ihrer eigenen Partei die anarchischen Elemente selbst als Brüder und als Befreiungsgenossen beherbergt haben? (Zuruf links: Christlich-sozial!) und daß die Strömungen, welche sich jetzt auseinandergetrennt, in einem gemeinschaftlichen Bette dahingeflossen sind? Ich muß also die Behauptung, als wenn die leider notwendige Gesetzgebung des Jahres 1878 der Ursprung und die Quelle der anarchischen Bewegungen gewesen ist, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Nun komme ich auf eine Behauptung des Herrn Vorredners, die allerdings auch mit der Denkschrift in keinem unmittelbaren Zusammenhang steht, aber da sie wieder vorgebracht ist in Anknüpfung an frühere Muster, so muß ich ihr doch widersprechen. Er sprach davon, daß die Regierung mitverantwortlich sei durch das Gesetz sowie anderweitig für das Emporschieben der anarchischen Bewegungen, das gebe schon deutlich hervor und würde bewiesen durch gewisse Vorkommnisse in der Schweiz, da sei irgend ein Spion — ein gewisser Horch — als im Solde der Polizei stehend entlarvt worden. Meine Herren, das führt mich ganz kurz auf die hier so oft schon gemachte und, wie ich glaube, stets mit vollem Nachdruck und Erfolg widerlegte Behauptung der Herren Gegner, daß es ein unfittliches Verhalten von Seiten der Regierung sei, wenn sie sich zweifelhafter Organe bedienen, um dem Verbrechen, sei es auf diesem oder jenem Gebiete, entgegenzutreten. Meine Herren, wenn Sie das zum Prinzip erheben wollen, dann bitte ich Sie, sagen Sie mir doch gefälligst, wie die Polizei überhaupt für die öffentliche Sicherheit einzutreten und wirken soll. Ich habe schon häufig — und thue es heute wieder — die Grenzlinie bezeichnet, innerhalb deren ich die Staatsgewalt für berechtigt und auch für verpflichtet halte, da, wo sie keine anderen Mittel hat, sich auch unläuterer Charaktere zu bedienen, um der Verbeugung und Wiederholung von Verbrechen vorzubeugen. Meine Herren, das, was man Polizeispionage nennt, ist gewiß kein erfreulicher Zustand unseres sozialen Lebens; aber, daß bis zu einem gewissen Grade die Notwendigkeit derselben nicht geleugnet werden kann, um das Verbrechen — auch das politische — in seinen Schlupfwinkeln aufzusuchen und zu verhindern, das kann niemand leugnen, der im praktischen Leben steht und der sich nicht mit einem Idealismus begnügt, der im Leben keine Wurzeln hat. Für mich ist die Grenze des Erlaubten, daß es absolut unfittlich und verwerflich ist, Verbrechen zu provozieren, (Zuruf: das haben Sie gethan!) um damit andere in die Falle zu locken. (Zuruf! das ist gegeben!) Meine Herren, hiervon weiß die Regierung sich völlig frei, und ich erwarte — ich will nicht einmal sagen, den Beweis — sondern die Behauptung, daß jemals so etwas bei uns gegeben sei. Meine Herren, der Heuge Horch, von dem hier früher so viel die Rede war, hat leider blutige Früchte getragen, aber leider nicht in dem Sinne, daß man dem unglücklichen Manne, der unter dem Dolch des Mörders seiner Berufstreu zum Opfer gefallen ist, einen moralischen Vorwurf machen könnte, daß er sich dieses Mannes bedient hat. Nein, er hat nur seine Schuldigkeit damit gethan, und wenn gesagt wurde: der Heuge Horch ist ein ganz entsetzliches Beispiel dafür, wie weit sich die Staatsgewalt auf diesem Gebiete verirren kann, das Reichsgericht selbst hat ihn für unglücklich erklärt, so sage ich, das sind zwei vollständig von einander zu trennende Fragen. Ich würde als Richter dem Zeugen Horch auch keine Glaubwürdigkeit beimessen haben. Aber folgt daraus nicht, daß man sich in solchem Falle dieses Mannes zu bedienen hat und muß, um den schrecklichsten Verbrechen, die die Menschheit jemals besudelt haben, auf die Spur zu kommen? (Sehr richtig! rechts.) Ich verdenke es ja der Partei des Herrn Vorredners viel weniger, daß sie auf diese Dinge so großen Wert legt, als einer gewissen anderen Partei, die früher hier in diesem Hause, wie ich behaupte, mit dem Dolch geschärft hat für den unglücklichen Polizeivater Kumpff, der ihn nachher niedergestreckt hat. Nun, meine Herren, ich will nur noch auf einige Spezialfragen eingehen, welche der Herr Vorredner in Bezug auf die hiesigen Berliner Verhältnisse und die hier stattfindende Handhabung des Gesetzes angeführt hat; was die Auslösung von Versammlungen betrifft, so glaube ich, ist weder der Herr Vorredner noch irgend ein hier anwesendes Mitglied dieses Hauses, selbst ich nicht einmal, der ich doch in der Regel die Alten vor mich habe, in der Lage, über die Berechtigung oder Nichtberechtigung einer solchen Auslösung im einzelnen Falle abzuurteilen.

Das hängt nicht nur von dem geschriebenen Text ab, sondern das hängt von dem ganzen Zusammenhang und tatsächlichen Fortgange des Spezialvorfalls selbst ab, und ich glaube, man muß dem betreffenden Polizeibeamten, der in solchem Falle sich vielleicht durch die Hypothese der Versammlung, der er sich gegenüber befand, genötigt sah, die Auslösung auszusprechen, bis zum Beweise des Gegenüber den Glauben schenken, daß die Auslösung nicht aus trivialen Gründen geschehen ist. Ich muß übrigens sagen, daß an mich nur wenig zahlreiche Beschwerden in dieser Beziehung herangetreten sind. Der Herr Vorredner sagte schlankweg, wenn man gegen die sozialistischen Versammlungen so rigoros vorgehe, warum denn nicht gegen die anderer Parteien? Nun, einfach deshalb, weil ein solches Verfahren durch das Gesetz verboten ist. Will der Herr Vorredner die Regierung geradezu einem Einbruch in die bestehende Gesetzgebung vorziehen? Daß in anderen Versammlungen Tumult entsteht, dafür kann weder die Polizei noch das Gesetz, das ist eine Thatsache, und diese Thatsache löst sich in jedem einzelnen Falle je nach der Beschaffenheit des Falles. Wenn dann der Herr Vorredner meint, es sei in sozialdemokratischen Versammlungen mit so klaffender Ruhe hergegangen, so befindet er sich da in einem gewaltigen Irrtum. Ich will ihn nur an eine Versammlung (erinnern, an die berühmte Versammlung in Brandenburg, wo auf eine wahrhaft bestialische Weise durch die Sozialdemokraten die Versammlungen ruhiger Bürger gestört worden sind und es schließlich auch zum Blutovergießen gekommen ist, lediglich durch die Schuld der Agitation. (Schreit! rechts. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Nun will ich noch kommen auf den Fall mit dem Stadtrat ordneten Herrn Ewald, zu dessen Gunsten hier ja eine Angelegenheit gebrochen wurde. Wenn der Herr Vorredner da sagte, es sei in der That unerhört, daß man einen Berliner Stadtvorstand, dessen Verhalten bei den betreffenden Versammlungen den höchsten Grad von Bewunderung erregte, Herrn Ewald ausweise, weil er sich bemüht habe, die Polizeibeamten, welche die Versammlung zu überwachen gehabt haben, vor persönlichen Insulten zu schützen, so muß ich sagen, daß nach meinen Berichten, die ich bis zum Beweise des Gegenüber (oh! links) richtiger halte, die Sache gerade umgekehrt liegt. (Oh! links bei den Sozialdemokraten) — gerade umgekehrt liegt! Herr Ewald hat durch sein provokatorisches Verhalten bei jeder Gelegenheit seiner Zeit die Maßregel über sein Haupt heraufbeschworen und es ist dem Herrn Reichspräsidenten, der die persönlichen Verhältnisse dieses Herrn kennt, sehr schwer geworden, diese Maßregel gegen ihn zu verhängen, weil er sich sagte, daß es in der That einen sehr harten Anschein gewinnen müsse; aber wenn er in einer Versammlung, deren Vorsitzender Herr Ewald gewesen wäre, soweit kommt, daß die überwachenden Polizeibeamten trotz von ihnen entwickelter Energie in Lebensgefahr gerathen, so ist thatsächlich gemißhandelt worden, dann glaube ich, hat Herr Reichspräsident unter allen Umständen die Pflicht, Beispiel zu statuieren, und das ist der Grund, weshalb Herr Ewald die Ausweisung hat verweigert werden müssen. Ich lehne mich an die Darstellungen richtig, wie sie der Herr Abgeordneter hier von der Tribüne gegeben hat; nach den Berichten, die mir vorliegen, stellt sich die Thatsache ganz anders dar. Es ist unzweifelhaft — ich will hier von den legitimen Gründen gar nicht sprechen — aber nachdem die Auslösung ausgesprochen war, war es die Pflicht des Vorsitzenden, das Seine zu thun, um einen Tumult niederzuhalten. Das hat Herr Ewald nicht nur verweigert, sondern er hat noch Delinzen Feuer geossen, wie das durch Thatsachen bewiesen ist — er mögen mit dem Kopf schütteln wie Sie wollen, ich kann nur sagen, was in den Akten steht, und was mir die verantwortlichen Organe berichtet haben. Es würde sich ja dann eine Untersuchung knüpfen lassen, aber soweit mir die Sache vorliegt, kann ich nur sagen: die Maßregel, die der Reichspräsident getroffen hat, war eine traurige Nothwendigkeit, aber eine Nothwendigkeit war sie. Ich möchte mich zum Schluß doch noch auf eine derjenigen Äußerungen, die der Herr Vorredner im Anfang seiner Ausführungen gemacht hat zurückkommen, die ja auch wieder darauf berechnet ist, die Regierung in ihrer Gesamtheit in ein gewisses schwankendes Licht zu stellen. Es ist schon von Herren aus anderen Parteien der Versuch gemacht worden, ich meine die Bemerkungen, die sich an die Äußerung des Herrn Reichskanzler gelegentlich der Debatte über die Gewährung von Diktanden der Reichstagsmitglieder geknüpft haben. Meine Herren, der Herr Reichskanzler hat in dieser viel besprochenen Angelegenheit auch nicht mit einer einzigen Silbe, wie es auch ganz unzweifelhaft war, angedeutet, daß er den gemeinschaftlichen Charakter des sozialrevolutionären Theils der Sozialdemokratie verkennt, und daß er nicht in dieser Beziehung ganz genau auf dem Boden des Gesetzes von 1878 und der Gesamtanforderungen der verbündeten Regierungen stehe. Seine Äußerungen im Zusammenhang der damaligen parlamentarischen Verhandlungen haben meiner Ansicht nach weiter keine Tendenz gehabt, zu präliminieren, daß seiner Meinung nach die Sozialdemokratie parlamentarisch sich bisher impotent gezeigt hätte und daß er ihm ganz erwünscht sein würde, wenn die Herren einmal die Nothwendigkeit versetzt würden — und zu dem Ende sagte er: ich möchte Ihnen gern ein Diktandenmitglied mehr wünschen — hier vor den versammelten Vertretern der Nation mit denjenigen gesetzgeberischen Reformvorschlügen auszutreten, die Sie bereits im Schooße bergen. Aber davon ist denn doch wohl keine Rede gewesen, daß der Herr Reichskanzler eine Sympathie in der Richtung ausgesprochen haben sollte, die heute auch auf dieser Tribüne zur Erscheinung gekommen ist. — Ich will damit schließen, daß ich noch einmal sage: die weitere Entwicklung innerhalb des Deutschen Reichs auf dem hier besprochenen Gebiete der sozialdemokratischen Bewegung hängt, glaube ich, bis zu einem hohen Grade allerdings von den Entschlüssen der Herren Parteigenossen des Herrn Vorredners ab. Wenn Sie sich mehr und mehr den praktischen Bedürfnissen zuwenden, wenn Sie mehr und mehr thatkräftig sich betheiligen an der Lösung der Aufgaben, die der deutsche Reichstag zu erfüllen hat, wenn Sie mehr und mehr den revolutionären Charakter, den Sie bisher doch nicht in genügendem Maße verleugnet haben, abstreifen, — dann, meine Herren, wird die Nothwendigkeit dieser Ausnahmemaßregel als des Fortbestehens des Gesetzes über die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie fortfallen, und die Regierung wird die erste sein, die das mit Freuden begrüßt. Aber, meine Herren, so weit sind wir bis jetzt nicht. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nein!) Sie haben bis jetzt nicht genügende Garantien gegeben, daß Sie keine revolutionäre Partei sein wollen, und bis dieser Augenblick eingetreten sein wird, werden wir eine abwartende Haltung, die wir gegen Sie haben einnehmen müssen, nicht verlassen können und werden auch auf die Vollnahmsvollmachten, die uns in die Hand gelegt sind, nicht verzichten können. (Lebhafter Beifall rechts.)

Kaiser seinen Zeit und große Der Präsident brauchten Aus aufgelöstes B auf den einz l Lösung für un mit beschweren aufstretet halten kann Senger sein nicht ausgen fallen aufgelö gerechtfertig. weil ein Red wäre das Ro wissen, daß i und gen ungen vor werten. R Beifall rech Abg. F Auslösung d fertigen, in r Versammlun gen Epistel ungen rief no mander Ma es scholl au der Spiegel! er längst da an 26. Novem Herr Videns Nation für mit allen gefe Sol verfolge, gäß hätte (s ich bei allen gegen und wa wie weit traie glich gewirkt es ferner bew vollsteter Abde antragen vera von unserem werft ausgeg Kspellovais? und Liberaler haben erst vo richt soziale in parlamenta mit positiven sozial, und S dem ablehne vom abhehle hat ich Sie Umanbeit auf seine Maßr der öffentliche auf das Urth Zusammenhang abgeben, als vorbringen. Esamt zu b schloß ein g wagen, woge ra an und wachen zu so namensver Diente der r der in der E überlichen Th Ein anderer, Inhabt delle And? Ich th wenn Sie hür nachlosen hür nam kann der preußi förmlich deli der Sozialde rgen die Se emens Neu schen und freitet und fi sich später is viel fe wi schen, weil der Berathun 1878 ausdrü sie stellen st in Aktion s das Polizeit rmas Polizeit umbenen S tagungen, r wenn Sie r Wenn reres an ei men Amtsmi men aber der erwachsenen, nigung: „ macher podie End von de tagen sind ungen zu fü rgeben Emi 20), aus Gar Gebieten des rufen; B Berlin nur 1 000 Seelen wenn unerhö rches Christl ausgehen; u r wenn Sie a r Angehör Schweigen i wenn Sie ni unverkündi rbeidung u rbeidung r Kranten rzu verhalte itana zu m daß in den g einzelnen Be rnannten G rder personl bruch und a bleibt es best stellen wie r vor ihr rich die gleiche r

Regier seinen dicken Kopf dazu schüttelt! (Stürmische Beileger und große Unruhe. Zwischenrufe der Sozialdemokraten. Der Präsident v. Wedell-Biedorf erklärt den vom Redner geäußerten Ausdruck für parlamentarisch unpassend.) Was die aufgelösten Versammlungen betrifft, so kommt es dabei stets auf den einzelnen Fall an; wenn die Herren eine solche Auflösung für ungesetzlich hielten, hätten sie sich sofort geeignetenfalls beschwerten und nicht hier nachträglich mit Ihren Vorwürfen aufzutreten können, von denen man nicht mehr konstatieren kann, ob sie irgendwo begründet sind. Herr Singer scheint die Fälle, die er vortrug, ja ganz gewiß ausgewählt zu haben; in den mir bekannten Fällen aufgelöster Versammlungen war aber die Auflösung stets gerechtfertigt. Einmal war eine Auflösung mit Recht erfolgt, weil ein Redner gesagt hatte, die theologische Wissenschaft habe das Volk irre. Dagegen wird z. B. der Abg. Singer wissen, daß er überall, wo er die Forderungen der Arbeiter und gemäßigter vertrat, ganz ungestört in den Versammlungen vor Tausenden von Sozialdemokraten hat sprechen dürfen. Wie ist eine solche Versammlung aufgelöst worden. (Beifall rechts.)

Abg. Frohne: Der Herr Vorredner hat sich, um die Auflösung der sozialdemokratischen Versammlungen zu rechtfertigen, in wenig glücklicher Weise lediglich auf solche Versammlungen bezogen, in welchen die Provokationen von notorischen Spitzeln ausgegangen sind. In einer dieser Versammlungen tief nach der Auflösung ein den Arbeitern als Spitzel bekannter Mann: „Waffen her! Blut muß fließen!“ und darauf erscholl aus der Versammlung allerdings der Ruf: „Daut auf Spitzel! Hinaus mit ihm!“ In Berlin hatte sich die Sozialdemokratie längt daran gewöhnt, mit zweierlei Maß zu messen. Als am 28. November 1884 im Luggenbagenischen Saale ein Herr Videnbach antisemitische Reden hielt und die Nation für nichtswürdig erklärte, die sich nicht voll und ganz der Belämpfung des Judentums hingabe und nicht mit allen gesetzlichen Mitteln die Ausstreuung der Juden als Ziel verfolgte, da hörte man nichts davon, daß die Polizei auf solche Reden hätte (Lachen rechts), im Gegenteil, die Polizei stellte sich bei allen diesen Versammlungen direkt auf die Seite der Redner und war bemüht, sie zu schütten und zu fördern. Wie weit erzielich im Sinne des Ministers das Sozialistengesetz gewirkt hat, das haben die Wahlen bewiesen und werden es ferner beweisen. Wenn wir aber erst durch das Gesetz zu positiver Arbeit hier im Reichstage, zur Stellung von Initiativentwürfen veranlaßt sein sollen — ja weiß man denn nichts von unserem Arbeiterschutzgesetz von 1877, von der von uns ausgegangenen Anregung der Nothwendigkeit des Fabrikinspektors? Wo waren sie denn, die Herren Konservativen und Liberalen? Ich will Ihnen eine Wahrheit sagen: Sie haben erst von uns, den Sozialdemokraten, gelernt, was es heißt, soziale Reform machen. So lange die Sozialdemokratie im parlamentarischen Leben steht, ist gerade sie es gewesen, die mit positiven Vorschlägen zur Hebung des Arbeiterwohlstandes und Sie haben sich diesen Forderungen gegenüber zum Theil ablehnend, zum Theil feindselig verhalten. Glauben Sie denn, daß die große Masse des Volkes ein so kurzes Gedächtniß hat, daß Sie sich hier im Reichstage hinstellen und die unerhörte Unwissenheit ausprechen können, als hätten wir uns garnicht um die Wohlfahrt gekümmert? Das nenne ich eine Fälschung der öffentlichen Meinung, eine Fälschung des Volkswillens. Das Urtheil des Herrn Ministers über die Frage unseres Zusammenhanges mit dem Anarchismus ist so lange nicht viel zu geben, als er sich weigert, die Belege für seine Behauptung vorzulegen. Die Nothwendigkeit für die Polizei, sich der Sozialdemokratie zu bedienen, bestreiten wir gar nicht. Mag sich die Polizei ein ganzes Heer von Spionen halten! Was wir nicht wollen, wogegen das öffentliche Gewissen sich auflehnt, das ist die Art und Weise, wie die Polizei ihre Spitzeln, Vernehmungen zu schaffen, um dann die Nothwendigkeit der Ausnahmeregeln damit zu beweisen. Vielleich ist ihm der im Dienste der preussischen Polizei stehende Spion Weiß bekannt, der in der Schweiz Proklamationen verbreitet hat, welche zu ähnlichen Thaten auforderten, wie sie Stellmacher verübt hat. Ein anderer, Friedemann, hat in Zürich ein Gedicht folgenden Inhalts diktiert: Was schert mich Weiß, was schert mich Kind? Ich trage weit bestes Verlangen; laß sie betteln gehn, wenn sie hungrig sind u. s. w.“ (Die Parodie schließt mit folgenden Worten, welche dieser Bericht nicht wiederholen kann.) Dieses unerhörte brutale Gedicht hat der preussische Polizeispion Friedemann in Zürich öffentlich diktiert, um der preussischen Polizei zur Verfolgung der Sozialdemokraten nicht nur, sondern auch zum Vorgehen gegen die Schweiz Stoff zu liefern. Ein anderer Polizeispieler, Namens Neumann, hat 1880 für die hiesige Polizei mit deren Auftrag und in deren direktem Auftrage die „Freiheit“ vertrieben und für dieselbe korrespondirt. Der Polizeispion Wolff, der sich später in Hamburg erhängte, ist gleichfalls in ähnlicher Richtung thätig gewesen. Mag doch die Polizei spionieren so viel sie will, aber sie soll nicht Verbrechen großziehen und schließlich es dahin bringen, daß anarchische Verbrechen geübt werden, weil die Polizei anarchische Verbrechen braucht! Bei der Verabredung des Sozialistengesetzes erklärte Fürst Bismarck ausdrücklich, das Gesetz solle loyal gehandhabt werden. Wie stellen sich aber die Thaten der Polizei in den Händen des Polizeikommissars Engel, der gegen die in seinen Bereich gehörenden Sozialdemokraten nicht nur mit den unerhörtesten Verfolgungen, sondern auch mit thörichten Angriffen vorgeht. Wenn Sie nicht sofort gestehen, bringe ich Sie ins Zuchthaus!“ Wenn Sie nicht gestehen, sperre ich Sie ins Gefängniß!“ Angewandte an eine Frau gerichtete, sind Ausdrücke dieses Herrn, die einen Amtsmißbrauch unerhörtester Art dokumentieren, für welchen man aber den Staatsanwalt vergeblich suchen würde. Einem erwachsenen, schwächlichen Menschen sagte er bei der Vernehmung: „Sie lügen das Blaue vom Himmel herunter“, welcher antwortete: „Ich bin nicht lügner, ich bin ein Mann.“ Dieselben Aussagen sind wegen der willkürlichen Verbote von Versammlungen zu führen. In der Denkschrift vermisste ich ganz die Angaben über die Zahl der erfolgten Ausweisungen. Nach meinen Ermittlungen sind aus Berlin und Umgegend circa 200, aus Hamburg-Altona 220, im Ganzen aus sämtlichen Bezirken des kleinen Belagerungsstandes 587 Personen ausgewiesen; Zurücknahmen von Ausweisungen sind dagegen in Berlin nur 19, in Hamburg 23, in Leipzig 1 erfolgt. Gegen 2000 Seelen haben Sie dergestalt dem Elend, dem Hunger, dem unerhörtesten Jammer überantwortet; das ist Ihr praktisches Christenthum, das ist die Menschenliebe, von der Sie sprechen; und noch weiter geht Ihr praktisches Christenthum, indem Sie auch die Sammlungen zur Linderung des Elends Angehörigen dieser Ausgewiesenen einfach verbieten. Erwähnen Sie doch überhaupt von Ihrem Christenthum, so lange Sie nicht Gerechtigkeit zu üben wissen! (Ruf rechts: Anarchist!) Ihr Christenthum ist nichts weiter, als die Verhöhnung der nadersten persönlichen Interessen! Auch die Verhöhnung der Sozialdemokraten an der Errichtung der Krankenanstalten, also ein durchaus gesetzliches Beginnen, muß Altona zu motivieren, die Fortdauer der Ausnahmeregeln gegen die in den größten Städten die Handhabung des Gesetzes einzelnen Beamten übertragen wurde, wie eben in Altona dem genannten Herrn Engel. Eklärlicherweise kommt da ein maßvoller persönlicher Eingriff, gepaart mit Strebertum zum Durchbruch und äußert sich in der rabiatesten Weise. Im Uebbrigen wollen wir nicht wissen, wie lange wir nicht sklavisch im Staube der Verbrechen, was wir nie thun werden, so lange wird uns die gleiche Behandlung zu Theil werden. Aber die Regierung

möge es sich gesagt sein lassen, die Volksmasse hat kein so kurzes Gedächtniß, um nicht zu wissen, wie die Regierung noch vor wenigen Jahren zur Frage der sozialen Reform stand, wie wir jetzt mit ihren Reformen nur eine kleine Abblässung auf unsere langjährigen Forderungen erhalten. Fahren Sie nur so fort, diese Politik wird Sie nicht dahin führen, eines Tages sagen zu können: Wir sind Sieger geblieben! Die Sozialdemokraten werden weiter kämpfen im Bunde mit den Thaten. Das thaten wir bisher, und darin lag das ganze Geheimniß unserer Erfolge; wir werden es ferner thun, und so werden wir auch Herren werden über das große uns zugefügte Unrecht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Buttkamer: Ich will mir nur Dasjenige herausgreifen, was ich der Beleuchtung ganz besonders nothwendig erachte. Zuerst hat der Herr Vorredner — und das sollte er sich einigermassen für die Zukunft merken — ein ganz ungewöhnliches Maß von Unkenntniß der Gesetze an den Tag gelegt, wenn er der hiesigen Polizei aus Vorwürfen, auf die ich gleich mit zwei Worten kommen werde, den Vorwurf macht, sie messe mit zweierlei Maß gegenüber der Sozialistenpartei einerseits und gegenüber anderen Parteien andererseits, und sich zum Beweise dafür darauf beruft, daß irgend eine Versammlung, wo ein Herr Videnbach antisemitische Ausweisungen gemacht habe, nicht von der Polizei aufgelöst worden ist. Ja, meine Herren, kennt denn der Herr Vorredner gar nicht das preussische Gesetz über die Verhinderung des Versammlungsrechts? Wir dürfen allerdings — insofern will ich ihm dem Wortlaute nach Recht geben — nicht nach einem Maße messen, sondern sind nach dem Gesetze gezwungen, diejenigen Versammlungen, welche von der sozialdemokratischen Partei arrangirt sind, nach einem anderen Gesichtspunkte zu beurtheilen als die Versammlungen anderer Parteien. Ich muß nun aber wieder zurückkommen auf die immer wiederkehrende Behauptung, daß die preussische Polizei sich zur Gewohnheit mache, agents provocateurs — ich nenne den französischen Ausdruck, weil er gebräuchlicher ist — zu benutzen, um der Sozialdemokratie, namentlich in der Schweiz, entgegenzutreten. Ich setze nochmals dieser Behauptung das formelle Dementi und die formelle Negation gegenüber. Alle die Thaten, welche der Herr Abgeordnete angeführt hat, sind für mich unbegreiflich; ich kenne nicht einmal die meisten der Namen, von denen die Rede war. Der einzige, von dem ich etwas weiß, ist der bekannte Weiß, den der Herr Redner auch in die Diskussion gezogen hat, und über den ein amtlicher Bericht vorliegt. Der Mann ist allerdings nach dem Bericht des hiesigen Herrn Polizeipräsidenten in die Schweiz geschickt worden, um dort Ermittlungen vorzunehmen; der Herr Polizeipräsident sagt, wohl in der Voraussetzung, daß hier möglicherweise Vorwürfe erhoben werden würden, in seinem Bericht ausdrücklich: Ich brauche wohl als selbstverständlich kaum noch anzuführen, daß mir jeder Auftrag an den Mann, irgendwie in dem Sinne vorzugehen, Verbrechen zu provozieren, fernzulegen hat, daß er einen solchen Auftrag nicht erhalten hat und nicht erhalten konnte. Also die Summe der sittlichen Enttäuschung, die von der Tribune über die preussische Polizei ausgegossen wurde, ist für mich durchaus bereisunfähig, und ich bleibe bei der Behauptung stehen, die ja auch ganz selbstverständlich ist, daß innerhalb der preussischen Lande dieses Institut der agents provocateurs durchaus verpönt ist und nirgends angewendet wird. Nun war in der Rede des Herrn Abgeordneten wieder die in meinen Augen wirklich für die öffentliche Sicherheit außerordentlich bedenkliche Tendenz vorherrschend, die Personen einzelner Beamten, die nicht in der Lage sind, sich hier zu vertheidigen, in die Diskussion zu ziehen und dadurch gegen diese Personen Stimmungen hervorzurufen, die dann, wie die letzten Thaten beweisen haben, in der That sehr gefährlich sind. Ich kenne den Mann, dem in Altona die Leitung eines Theiles der Disziplin übertragen ist, den Polizeikommissar Engel ebenfalls, und ich gebe ihm hier ganz öffentlich das Zeugniß eines durchaus braven und zuverlässigen Beamten, und ich protestire dagegen, daß hier mit unkontrollirbaren Angaben der Versuch gemacht wird, seinen Beamtenruf zu untergraben. Das ist eine Pflicht für mich, und ich werde nicht müde werden, diese Pflicht auszuüben. Wenn nun der Herr Abgeordnete mir vorwirft, meine Behauptung, die sozialdemokratische Partei habe noch immer nicht reinen Tisch gemacht mit dem Anarchismus, sei in Ermangelung von Beweismaterial unsubstantiirt, so zwingt er mich geradezu, dem Hause eine Mittheilung zu machen, die in der That geeignet ist, ein recht großes Schlaglicht auf die Strömungen zu werfen, die immer noch in den Reihen der Herren von jener Seite erstehen. Ich will aber gleich im Voraus dem Herrn die Waffe aus der Hand winden, daß er die Verantwortung für diese Dinge ablehnt. Ich konstatire hier, bevor ich das betreffende Schriftstück verlese, ausdrücklich, daß die parlamentarische Sozialdemokratie — nicht bloß die im anarchischen Fahrwasser schwimmende — den „Sozialdemokrat“, welcher in Zürich erscheint, offiziell zu dem Monteur ihrer Partei gemacht hat; sie ist also jedenfalls für die wichtigsten Kundgebungen — ich will die Konzeption machen, daß es auf einen einzelnen Satz nicht ankommt — aber für die wichtigeren Kundgebungen dieses offiziellen Organs, welches von der sozialdemokratischen Parteileitung kontrollirt wird, mitverantwortlich ist. Jedem Versuch, diese Verantwortlichkeit abzulehnen, muß ich in entschiedener Weise entgegenzutreten. Dies vorausgeschickt, will ich den Herren nun mittheilen, wie dieses offizielle Organ jener Partei den grauenhaften Mord in Frankfurt seinerseits beurtheilt. Es ist dies um so interessanter, als der „Sozialdemokrat“ in seiner Nr. 4, welche diese Mittheilung enthält, ausdrücklich sagt, daß sei eine Korrespondenz, die ihm aus Berlin zugehe, — vielleicht wissen die Herren den Autor des Artikels, da er aus Berlin ist, zu nennen ich kenne ihn natürlich nicht, und werde mich auch jeder Andeutung enthalten, obgleich ich meine besondere Vermuthung darüber habe. Also der „Sozialdemokrat“ sagt folgendes: Das Telegramm, welches die Ermordung des berüchtigten Polizeiraths Rumpff in Frankfurt meldet, hat in den hiesigen offiziellen Kreisen und auch im Reichstage ein ungeheures Aufsehen erregt. Dieses Ereigniß giebt der Polizeikomödie, welche sich im Prozeß Reindorf enthält, einen tragischen Hintergrund und Abschluß, welcher den Herren von der Polizei äußerst fatal ist. Denn daß dieses Ereigniß auf politische Motive zurückzuführen ist, und daß bei der Polizeikomödie, die in dem Prozeß Reindorf spielte, der Polizeirath Rumpff hinter dem Roullissen eine sehr hervorragende Rolle gespielt, kann nicht dem mindesten Zweifel unterliegen, und wird keinem Zweifel unterzogen. Als die Nachricht von dem Niederwaldendental bekannt wurde, beobachtete die deutsche Polizei, und was drum und dran hängt, eine wahrhaft philosophische Gemüthsruhe, die von der jetzigen Aufregung selbst am abhilt. Und doch handelte es sich damals um das Leben des deutschen Kaisers und einiger Duzend Fürsten und sonstiger Hochwürdigkeiten, während es sich jetzt bloß um das Leben eines spitzeligen Polizeiraths handelt, der von seinen eigenen Patronen und Spießgesellen alles, nur nicht geachtet wurde. Die Antwort lautet — und sie ward früher schon einmal unter ähnlichen Verhältnissen gegeben: Das eine — nämlich das Niederwald-Attentat — war ein falsches, das andere ist ein wahres Attentat. Es giebt eben zweierlei Attentate: die nachgemachten und die echten. Das Niederwaldattentat war ein nachgemachtes, eine Polizeikomödie, und an Polizeirath Rumpff ist ein echtes Attentat verübt worden. Der Gönner, Mäcen und Brotgeber des „Reugen Horst“, der Hedequater der agents provocateurs, der mit dem anarchischen

Feuer gespielt und anarchisches Wasser auf die Mühlen der Bismarckschen Reaktion geleitet, ist von dem anarchischen Feuer verbrannt, von dem anarchischen Wasser weggeschwemmt worden. Das ist Logik der Thatfachen, Nemesis, oder wie man sonst es nennen mag. Was seiner Zeit von dem Mörder des irischen Polzeischafts Carey gesagt ward, das gilt auch von dem Mörder des Frankfurter Polizeiraths Rumpff: man mag über die Thaten urtheilen wie man will, sie vom moralischen und politischen Standpunkt noch so sehr verurtheilen, ein menschliches Interesse kann auch der strengste Beurtheiler der That dem Thäter nicht versagen, und der strengste Beurtheiler, gehöre er an welcher Partei er wolle, wird sich innerlich sagen müssen: Hier liegt kein gemeiner Mord vor, sondern ein Akt wilder Gerechtigkeit (hört! hört! rechts); und der Mensch, gegen welchen er sich richtet, war ein moralisch Verworfener, war ein Verbrecher, der, wenn überhaupt Strafe verdient sein kann, die schwerste Strafe verdient hat. Herr v. Buttkamer mag sich das hinter die Ohren schreiben. Nun, meine Herren, was enthält dieser Artikel alles? Zunächst die freche Verhöhnung der kaiserlichen Majestät selbst. Denn wenn das Attentat des Niederwaldes eine Polizeikomödie genannt ist, ein Attentat, welches in seinem tragischen Abschluß drei Todesurtheile mit sich geführt hat, dann fehlt für mich jeder Maßstab der Kritik für solche Meinungsäußerung. Er enthält ferner eine verwerfliche Verhöhnung der deutschen Justiz, und — was in diesem Augenblick für mich die Hauptsache ist — er enthält die wahrhaft empörende Beschimpfung eines Mannes, der in der Ausübung seines Berufs unter dem Dolch des Mörders verblutet ist (sehr wahr! rechts), eines Mannes, meine Herren, den ich die Ehre gehabt habe, in öffentlicher Reichstagsitzung zu vertheidigen gegen Angriffe, von denen ich annehmen muß, wie ich schon vorhin sagte, daß sie den Dolch mit geschliffenen haben, der ihn gestroffen hat, — eines Mannes, für dessen Hinterbliebene die königliche preussische Staatsregierung eine eklatante nationale Dotation wird verlangen müssen, damit endlich einmal klar wird, daß, wenn der König nicht seine Beamten vor dem Dolch des Meuchelmörders bewahren kann, er doch dafür sorgen wird, daß die Verurtheilten an den Hinterbliebenen wenigstens gehört wird. (Lebhaftes Bravo rechts.) Wenn Sie mich zwingen das hier öffentlich vor dem Tribunal der Nation zur Sprache zu bringen, dann ist es Ihre Schuld. Ich weise auch jeden Versuch Ihrerseits ab, diesen Artikel von sich abzulehnen; der bleibt an Ihnen hängen, und es wird von mir jeder Versuch, die vernichtende moralische Wirkung, die er für Sie haben muß, von sich abzuwenden — vielleicht von jener Tribune aus — zurückzuweisen sein. Dies Blatt ist Ihr offizielles Organ; Sie sind jedenfalls für die prägnantesten Auslassungen — und ich denke, zu denselben gehört der Artikel — verantwortlich, und Sie sind vor der Nation hiermit von mir angeklagt, daß Sie den Dolch geschickt haben, der den Polizeirath Rumpff in die Grube gebracht hat. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Abg. Richter: Wir haben im Allgemeinen kein Bedürfniß, bei dieser Gelegenheit in die Debatte einzugreifen. Ich möchte auch nur auf einige Aeußerungen, die gefallen sind, einige Worte erwidern. Der Abg. v. Köller meinte, es sei ein gerechtfertigter Grund zur Auflösung einer Sozialistenversammlung, daß heftige Reden gegen die freisinnige Partei geschleudert wurden. Dann müßten aber fast alle Versammlungen seines Parteigenossen Stöder aufgelöst werden. Dann war von einer sozialistischen Livolverversammlung die Rede. Es hat auch eine solche von konservativer Seite stattgefunden, in der ein Redner den christlichen Wunsch aussprach, mich und einen anderen meiner Kollegen aufzuhängen, an einem Stricke hochzuziehen. Wenn eine ähnliche Aeußerung in einer sozialistischen Versammlung geübt werden würde! Ich verlange etwa nicht, daß eine Auflösung hätte erfolgen sollen; es gehörte zum Entschuldigungsakten vom 15. Dezember auch dieses als charakteristisches Merkmal. (Weiterkeit.) Der Abgeordnete Singer sprach davon, daß unter Anderem die abkommandirten Mitglieder der freisinnigen Partei verantwortlich für die Verlängerung des Sozialistengesetzes seien. Ein Blick auf die Abstimmungsliste würde ihm klar gemacht haben, daß, wenn selbst alle Mitglieder meiner Partei bis auf den letzten Schwertfranken anwesend gewesen wären und gegen das Gesetz gestimmt hätten, dasselbe trotzdem zwar nicht mit 32, aber mit 20 Stimmen Mehrheit angenommen worden wäre. Es haben überhaupt von 100 Mitgliedern unserer Partei nur 12 bei der Abstimmung gefehlt, und von diesen fehlenden würden einzelne noch, nach meiner Kenntniß, für das Sozialistengesetz gestimmt oder mit Freunden des Sozialistengesetzes sich abgedankt haben. Abgesehen davon nun, daß die Präsenz unserer Partei aus dem Abstimmungsergebniß ebenso wenig wie die Präsenz einer anderen Partei von Einfluß gewesen ist, haben aber auch Abkommandirungen an die Fehlenden weder im Auftrage des Parteivorstandes noch des geschäftsführenden Ausschusses stattgefunden.

Abg. Liebig: Wir schieben von uns die Verantwortung für den Mord des Rumpff auf diejenigen zurück, welche derartige Verbrechen in Deutschland überhaupt erst möglich gemacht haben. Vor dem Sozialistengesetze dachte man niemals an solche Verbrechen. (Auf rechts: Hödel!) Wer wagt es, uns Hödel an die Nothhöhe zu hängen? Freilich hat man auf die Attentate von Hödel und Robiling das Sozialistengesetz begründet, man hat dann eingestehen müssen, daß es eine Verleumdung gewesen ist, Hödel und Robiling als Sozialdemokraten zu bezeichnen. Cessante causa cessat effectus; man hätte daher das Sozialistengesetz aufheben müssen. Da man es nicht gethan hat, so folgt, daß man es überhaupt nur aus allgemeinen reaktionären Zwecken erlassen. Ich habe früher einmal gesagt, Ihr Sozialistengesetz sei pro nihilo und, so weit es doch wirksam würde, pro nihilismo. Daß es pro nihilo gewesen, haben Sie uns gegenüber jetzt eingesehen, daß es pro nihilismo ist, hat das Frankfurter Attentat gezeigt. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Durch den Druck, der in Folge des Sozialistengesetzes auf dem ganzen Volke lastet, werden Leidenschaften erzeugt, die mit Nothwendigkeit einige exaltirte Köpfe zum Verbrechen treiben. Das haben wir Ihnen von Anfang an vorausgesagt; jetzt ist es eingetroffen. Sie wollen auf uns die Schuld schieben, wir schleudern die Anklage auf Sie selbst zurück, Sie allein tragen die Schuld. Man wußt uns in einen Topf mit den Anarchisten. Anarchismus ist aber das genaue Gegenstück des Sozialismus, Anarchismus bricht die Abwesenheit der Regierung und des Staates. Es ist das die logische Konsequenz der freihändlerischen Bourgeoisanschauungen, welche ja mit ihrem Grundsatze der freien Konkurrenz die gesellschaftliche Anarchie bereits herbeigeführt haben. Der russische Kommissionrath, spätere Progrevolutionär Bakunin, hat zuerst Anarchismus und Sozialismus zu verquiden versucht. Wäre das Sozialistengesetz nicht erlassen worden, so wäre Rost ruhig hier geblieben, er wäre gar nicht auf den Gedanken gekommen, Propaganda der That machen zu wollen und die „Freiheit“ herauszugeben. Erst indem man unsere äußere Organisation zerstörte, und Press- und Versammlungsfreiheit nahm, ist das möglich geworden. Lesen Sie übrigens einmal die „Freiheit!“ Sehen wen sind die heftigsten Angriffe darin gerichtet? Gegen mich; weil ich einen dem Anarchismus aufs Schroffste entgegenstehenden Standpunkt vertritt. Fürst Bismarck und seine Sozialreform werden dort durchaus nicht mit derselben Heftigkeit behandelt; und warum man mich mehr hasst, als den Fürsten Bismarck, das ist klar. Ich und meine politischen Freunde hier im Hause sind die Feinde jener Anarchisten; und Fürst Bismarck und Sie sind ihre Nährväter. (Unruhe.) Wie man jetzt eingesehen hat, daß die Diphtheritis nicht eine lokale Krankheit, sondern ein Zeichen dafür ist, daß der ganze Organismus krank ist, so ist

auch das Sozialistengesetz auch ein Ausfluß des kranten Gesellschafts- und Staatskörpers. Wir wissen, das wir es nicht los werden; wir haben uns darauf eingerichtet, und wir haben keine Ursache, Ihnen die Handhabung des Gesetzes leichter zu machen. Sie sagen immer, Sie wollten nicht die Sozialdemokratie tödten, sondern nur Ihre Ausschreitungen verhindern. Halten Sie doch nicht so hinter dem Berg! Nicht wir, nein, Sie kämpfen mit verdammtem Bist. Gesehen Sie es doch offen. Sie haben uns tödt machen wollen: nun sehen Sie sich gestärkt. Machen Sie nur, was Sie wollen; wir werden doch immer bleiben, was wir sind. Nun sagen Sie: die Sozialdemokraten haben sich doch etwas unter dem Sozialistengesetz gehofft. Wir nahmen aber vor Erlaß des Gesetzes bereits genau dieselbe Haltung ein, wie heute; schon damals haben wir positive Anträge gestellt, haben ein Arbeiterschutzgesetz eingebracht. Nicht wir haben unsere Taktik geändert, sondern der Reichstag. Früher behandelte man uns wie Abgeordnete zweiter Klasse; allmählich sind die Köpfe klarer geworden; man sieht ein, daß wir mit oder ohne hohe obrigkeitliche Erlaubnis fortzuziehen: man hat sich daran gefunden und behandelt uns nun kollegialisch, wie sich gehört. Denjenigen von uns, welche wünschen, daß die Dinge sich organisch und friedlich weiter entwickeln, machen Sie, Herr von Büttlamer, durch Ihre Taktik unsere Aufgabe außerordentlich schwer. Wenn Sie Ihre Politikwirtschaft noch weiter treiben, was wird die Folge sein? Es wird Ihnen dann vielleicht gelingen, das Sozialistengesetz so zu verschärfen, daß wir nicht mehr „darauf pfeifen“ können, daß wir gesammelt sind, unsere Wähler zu erklären: „Es ist uns unmöglich, auf dem Boden der heutigen Staatsordnung unsere Agitation zu treiben; wir geben die Bügel aus der Hand; jede Feder zu, wie er fertig wird!“ Lassen Sie es erst dahin kommen, dann, ja dann haben Sie den Nihilismus, aber richtig! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lenzmann: Wir treten für die Wiederherstellung des gemeinen Rechts ein, wo wir können; auch wir haben schwer unter dem Sozialistengesetz und den damit verbundenen Uebergriffen der Polizei zu leiden gehabt. Die pädagogische Wirkung des Sozialistengesetzes auf die Polizei war im höchsten Grade forumpiend. Konservative Versammlungen wagt die Polizei allerdings nicht aufzulösen. (Unruhe.) Ich bin selbst ein Anhänger des Sozialistengesetzes gewesen; auch bei mir hat man Hausdurchsuchungen gehalten, weil ich, um mich zu informieren, Abonnent des „Sozialdemokrat“ bin, ebenso wie der Minister v. Büttlamer. Offenbar verlieren die Behörden stets die Objektivität, wo es sich um sozialdemokratische Dinge handelt. Das hat sich auch in einem anderen Falle gezeigt, wo, als ich einmal noch Oberfeld kam, und der bekannte, jetzt angeblich verschwundene Polizeikommissar Gottschalk an den Bürgermeister telephonierte: „Der berühmteste Sozialdemokrat Lenzmann ist da. Was soll geschehen?“ Zum Glück hatten wir das Telephon abgefaßt. (Gelächter.) Solche Verwirrung der Anschauungen ist bei den Behörden in Folge des Sozialistengesetzes entstanden.

Abg. Richter: Ich könnte auch von einer Hausdurchsuchung erzählen, die bei dem Sekretär stattgefunden, welcher für unser Wahlbureau den „Sozialdemokrat“ hält. Auch dieser hat mit dem Sozialismus nichts gemein. Wir lesen den „Sozialdemokrat“ aus demselben Grunde, wie der Minister v. Büttlamer, um uns über die Sozialistenpartei zu orientieren. Da wir dies aus inländischen Blättern nicht können, müssen wir ein ausländisches lesen. Es wird kein Mitglied der reifstinnigen Partei wieder für die Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmen (hört, hört! bei den Sozialdemokraten); wenigstens würde ich sonst der Partei nicht ferner angehören. Warum ein Theil unserer Mitglieder im Mai v. J. anders gestimmt hat, ist damals hier erklärt worden.

Die Debatte wird geschlossen.
Persönlich bemerkt Abg. Singer: Herr von Büttlamer hat erklärt, daß er auf Grund des ihm vorliegenden amtlichen Berichts über die Verammlung in der Norddeutschen Brauerei die Ausweisung des Stadtverordneten Ewald als berechtigt ansehen müsse. Ich habe meinen Bericht von Augenzeugen, von den Abgeordneten Auer und Frohne erhalten, und danach muß ich sagen, daß der Herr Minister falsch unterrichtet ist. Herr von Köller hat behauptet, daß ich in einer Versammlung auf seine Anfrage, ob ich mich zu dem Gotha'schen Programm bekenne, mit meiner Antwort zurückgehalten habe. Ich habe damals bereits mit einem deutlichen „Ja“ geantwortet; im Uebrigen kann ich mich auf ein Aiteft berufen, dessen Verlesung mir der Herr Präsident gestatten wird. (Der Präsident erklärt, daß dies im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht möglich sei.) Nun ant, so will ich erklären, daß mir hier durch ein Schreiben des Polizeipräsidenten, das Herrn v. Köller und den anderen Herren zur Verfügung steht, bescheinigt ist, daß ich der sozialdemokratischen Partei angehöre. (Große Heiterkeit.) Herr v. Köller hat sodann gesagt, daß ich in einer Versammlung auf Livoli auf Herrn Liebermann v. Sonnenberg geschimpft habe. Ich habe, als von diesem Herrn ein Hoch auf das deutsche Vaterland ausgedrückt wurde, bemerkt, daß das deutsche Vaterland sich vielleicht vor dem Hoch eines Mannes bedanken werde, der seine Aufgabe darin suche, die deutschen Bürger unter einander zu verhasen. Meinem Hausbesuchsgenossen Richter erkläre ich, daß Herr Kämpfer in einem Briefe erklärt hat, es werde auf sein Erscheinen bei der Abstimmung über das Sozialistengesetz kein Verth geleast.

Abg. Kaiser: Abg. v. Köller hat sich heute sogar mit meinem Kopf beschäftigt. Nun, von dem Kopf des Herrn von Köller zu reden hat man keinen Grund, der genirt Niemand. Mit seiner unverstorrenen Logik hat er alsdann aus Vorgängen in einer Leipziger Versammlung den Schluß gezogen, daß ich zur Anarchistenpartei gehöre. Die Thatsache ist, daß in jener Versammlung nach mir ein Buchdrucker das Wort ergriff, um von der Kommune in so unbestimmten Ausdrücken zu reden, daß ich Anfangs glaubte, er meine die Leipziger Kommune. Er hat alsdann aber die Pariser Kommune verberichtet, und als ich gegen diese Erklärung mich wenden wollte, wurde mir durch ihn die Versammlung auflösenden Polizeibeamten das Wort abgegeschnitten. Das nennt Herr v. Köller Zusammengehörigkeit mit der Anarchistenpartei.

Abg. Grillenberger bestritt Herrn v. Köller das Recht, ihm Vorschriften über guten Ton zu geben. Als er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen sei, habe er nur das Wort „Livoli“ gerufen.

Abg. v. Köller bleibt dabei, daß Herr Singer erst in der betreffenden Versammlung auf die dritte Anfrage erkläre, daß er auf dem Gotha'schen Programm stehe. Herr Kaiser bemerkt er, daß eine unverstorrene Logik besser als eine eingefrorene sei. (Heiterkeit.)

Abg. Richter: Herr Abg. Singer hatte bemerkt, daß die Abkommandirten der freifinnigen Partei für die Verlängerung des Sozialistengesetzes verantwortlich seien. Ich habe ihm darauf nachgewiesen, daß, wenn sämtliche Fehlenden der Partei zugegen gewesen wären und gegen das Gesetz gestimmt hätten, auch dann das Sozialistengesetz mit 20 Stimmen Majorität angenommen worden wäre. Herr Singer hat sich nunmehr auf den Abg. Kämpfer berufen, der auch bei der Abstimmung zugegen gewesen ist. Er hat gegen das Sozialistengesetz gestimmt. Im Uebrigen hat weder der Abg. Kämpfer noch überhaupt ein Mitglied unserer Partei vom Parteivorstande die Aufforderung erhalten, bei der Abstimmung über das Sozialistengesetz nicht zu erscheinen.

Damit ist der Gegenstand erledigt; dem Geset ist die Vorlage des Berichtes Genüge geschehen.
Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 (Etat).

Vereine und Versammlungen.

Sonntag 1. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, Stadt-Konzerthaus, Leipzigerstr. 48, eine große Versammlung für die Impfgegner Berlins statt, zu welcher alle wie Herren oder Bevölkerungskreise eingeladen sind. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. med. C. Sturm über die Berechtigung der Impfung. 2. Konstituierung des Vereins der Impfgegner. Statutenvorlage. Vorstand:

Für die Mitglieder der Zentral-Kranken-Esterbefasse der Drehsier und verw. Berufsgenossen (Filiale Berlin) findet am Sonntag, den 1. Februar, mittags 10 Uhr, im Lokale Sanssouci, Kottbuserstr. Nr. 42, eine allgemeine Mitglieder-Versammlung mit der Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Genera-Versammlung unserer Krankenkasse zu Raumburg am 15. Februar 1885. 2. Wahl der Delegirten zu derselben. Nicht eines jeden Mitgliedes ist es, pünktlich zu erscheinen. Quittungsbuch legitimirt.

Arbeiter-Bezirksverein der Oranienburger Vorstadt und des Wedding, Montag, den 2. Februar cr., Abends 8 Uhr, General-Versammlung im Wedding-Park, Wilhelmstr. Nr. 178. Tages-Ordnung: 1. Rapport des Herrn Dr. Canitz über Naturheilmittel. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. Das Quittungsbuch als Legitimation. Gäste können durch Mitglieder eingeladen werden.

Heute Vormittag, 10 Uhr, findet eine Tischler-Versammlung in Kellers Saal, Andreasstr. 21, statt. In derselben wird Tischler S. Adde über „Die Feinde und unsere Minimallohnartikeln“ sprechen. Ferner sollen noch Vertrauensmänner für den Osten gewählt werden.

Versammlung der „Freien Vereinigung der Graduirten Eisen- und verwandten Berufsgeossen“ Montag, den 2. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Salm, Annenstr. 178. Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Besprechung und Beschlußfassung über die Statuten-Ordnung. 3. Unter kunstgewerbliches Gebiet und die Funktionen der Ausstellungs-Kommission. 4. Verlesung des Berichtes des Nachweisedeureaus. Unentgeltl. Stellenvermittlung. Jeden Abend von 8 1/2-9 1/2 Uhr im Vereinslokal.

Im Unterstützungsverein der Buchbinder und verwandten Berufsgeossen findet am Montag die ordentliche Versammlung statt, bei welcher Gelegenheit auf die Bildung einer Organisation hingewiesen wird. Es ist ein zahlreiches Erscheinen um so mehr erwünscht, als sich der Verein vorwärtsbewegung befindet.

Allen Studateuren und verwandten Berufsgeossen Nachricht, daß am Montag, den 2. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Rentzsch, Neue Grünstraße 14, die neue Polizei-Verordnung (betreffs Abfallen von Studateuren) zur Berathung steht. Gleichzeitig theilen wir mit, daß die Versammlungen jeden Montag nach dem Ersten jeden Monats stattfinden, und werden daselbst und beim Kaiserstr. 28, Straßburgerstr. 28, immer neue Mitglieder aufgenommen. Gäste sind ebenfalls willkommen.

Die Mitglieder-Versammlung des Arbeiter-Bezirksvereins „Glückauf“ findet erst am Dienstag, den 2. Februar, in einem noch näher zu bestimmenden Lokale statt.

Eine große öffentliche Versammlung sämtlicher
Metallarbeiter Berlins
findet am Dienstag, den 3. Februar, im Louisenstädtischen Konzerthause, Alte Jakobstraße 37, statt, zu welcher wir alle Metallarbeiter einladen.
Tages-Ordnung:
1. Der Strife der Kollegen der B. Joseph'schen Fabrik.
2. Verschiedenes.
Der Vorstand und die Fachkommission des Fachvereins der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampf-Armaturen.
H. Wurde.

Große öffentliche
General-Versammlung
der Metallarb. Berlins
am Dienstag, Abends 8 Uhr, in „Sanssouci“, Kottbuserstr. 42.
Tagesordnung: 1. Bericht der Revisions-Kommission über die Revision des Generalfonds, die stattgefunden hat wegen der Denunziation der beiden Kommissionsmitglieder über die Unterschlagung von 400 Mark. 2. Verschiedenes. — Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es nöthig, daß Jeder pünktlich erscheint. 216

Unterstützungsv. d. Buchbinder
und verwandten Berufsgeossen.
Montag, den 2. Februar, Alte Jakobstraße 75,
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Wie gestaltet sich unsere Organisation?
2. Antrag des Vorstandes, die Vereinsstunden alle vierzehn Tage abzuhalten. 3. Verschiedene Anträge. 4. Verschiedenes und Fragekasten. 211

Große
Arbeiterinnen-Versammlung
am Montag, den 2. Februar, Abends 8 Uhr, in Bogyow's Brauerei, Prenzlauer Allee 242.
Tages-Ordnung:
Die Beschränkung der Frauenarbeit. 212
Referentin: Frau Guillaume-Schad.
Für Deckung der Unkosten ein Entree nach Belieben.

Bezirksverein d. arbeitenden Bevölkerung
des SW. Berlins.
Versammlung
am Montag, den 2. Februar, Abends 8 Uhr, in Rieft's Salon, Kommandantenstraße 71/72. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Vetter über: „Vedensmittelverhältnisse“. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. — Gäste haben Zutritt. — Zahlreicher Besuch erwünscht. 213
Der Vorstand.

V. Wahlkreis.
Bezirksverein des werththätigen Volkes im 29., 30. und 31. Kommunal-Wahlbezirk.
Dienstag, den 3. Februar, Abends 8 Uhr, Versammlung in Golle's Restaurant, Linsenstr. 30. L.D.: Vortrag des Herrn Rosenhal.
1881. Zimmer, sep. Eing., Kassa 20 M., Brunnenstr. 143, v. III.

en gros. **Cigarren- u. Tabak-Handlung** en détail
FRITZ GOERCKI.
Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Linde.“)
Import echter Havanna. Lager aller Sorten Rauch- und Schnupftabake.
Reich assortirtes Lager echt türkischer, russischer und amerikanischer Cigarretten und Tabake.
Echt Nordhäuser Raustabake.

Volkerversammlung
am Sonntag, den 1. Februar, Vormittags 10 Uhr, im großen Saale des Schützenbaues, Linsenstr. 3-5. 198

Fachverein der Tischler.
Montag, den 2. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in Sor-dan's Salon, Neue Grünstraße 28,
Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht der statistischen Kommission. 2. Bericht der Herbergs-Kommission. 3. Antrag wegen Theilung der Bibliothek. 4. Verschiedenes. Quittungsbuch legitimirt. 197
Der Vorstand.

Montag, den 2. Februar, Abends 8 Uhr, findet bei Keller's (oberer Saal), Andreasstraße 21, eine außerordentl.
Versammlung
des Vereins zur Wahrung d. materiellen Interessen der Fabrik- und Bauarbeiter statt. Tagesordnung: 1. Die Hauptaufgaben des Vereins in diesem Jahre. Referent: Herr Hildebrand. 2. Geschäftliches und Verschiedenes. — Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß in der Versammlung die Statutenbücher gegen die Vereinskarte umgetauscht werden. Um recht zahlreichen Besuch bittet 183
Der Vorstand.

Unterstützungsv. deutscher Schuhmacher
(Filiale Berlin), Mitglieder-Versammlung am Montag, den 2. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Teichert, Neue Grünstraße 12. D.: Vorstandswahl und Vortrag. Mitgliedsbuch legitimirt. 208
Der prov. Vorstand.

Allen Interessenten zur Mittheilung, daß das Statut der Allgem. Kranken- und Gräbniskasse der Buchbinder und verwandten Berufsgeossen die behördliche Genehmigung gefunden hat. Anmeldebogen zum Beitritt nehmen entgegen: Th. Evert, Holzmarktstr. Nr. 62, Hof II., Fr. Freudenreich, Sebastianstraße 1, Hof I., B. Linke, Wilhelmstr. 3, Hof rechts II.

Wir bitten die Herren Schneidermeister höflichst um Empfangnahme der
Frühjahrs- und Sommer-Sollektion
Hochachtungsvoll
Jacobi u. Adam,
Spandauerstr. 49.
1 Piano (hoch), 20 Tbl., Oranienstr. 2, IV. r.

Am 10. Februar
Ziehung der vierten
Kunstgewerbe-Lotterie des Architekten-Vereins
zu Berlin.
Hauptgew.: 10,000, 3,000, 2 à 1,000, 4 à 500 Mk.
Loose à 1 Mark, auf 10 Loose 1 Freiloose empfängt und versendet prompt nach auswärt.
Carl Heintze,
Bankgeschäft, Berlin W., Unter den Linden 3.
Reichsbank-Giro-Conto. — Telegramm-Adr.: Lotteriebahn Berlin.